Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat Juni 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,40 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg (GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Mittwoch, den 25. Juni 1924** | **4. Jahrgang * Nr. 95**

Amnestie!

Erneuter Vorstoß unserer Reichstagsfraktion für die politischen Gefangenen — Der Völkische Roth beschimpft das Andenken des Revolutionärs Eugen Leviné — Die Sitzung fliegt auf — Lärm- und Prügelszenen — Die Sozialdemokraten für die „Würde des Hohen Hauses"

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 25. Juni.

Die gestrige Reichstagssitzung verlief äußerst erregt. Wiederum hatte die KPD. ihre Stimme für die politische Amnestie, für die Befreiung der politischen Gefangenen erhoben. Genosse Scholem hielt eine großangelegte, wuchtige Rede gegen die Brutalität der Weißen Justiz und gegen die sozialdemokratischen Helfershelfer dieser Justiz. Hageldicht prasseln die Angriffe auf die Reaktion. Das „hohe" Haus wird unruhig.

Nach Scholem betritt der ehemalige bayrische Justizminister Dr. Roth, einer der Hauptvertreter der bayrischen Reaktion die Tribüne und — verlangt auch Amnestie,

aber für die Kappisten und Hitler-Leute.

Er hat die Frechheit, die proletarischen Gefangenen in Niederschönenfeld zu beschimpfen, die so unerhörte Quälen seitens der blauweißen Polizeisadisten erdulden müssen. Er wendet sich gegen Scholem und müht sich vergebens, den Eindruck der Rede unseres Genossen zu verwischen.

Dabei leistete sich der Ordnungsmann eine unglaubliche Roßheit, die Stürme der Entrüstung weit über die Reihen der Kommunisten hinaus hervorrief. Zu unserer Fraktion gewendet, erklärt er:

„Wenn Sie sich des Leviné annehmen, so sage ich: den Mann hat die Kugel mit vollem Recht getroffen"

Ungeheurer Lärm bricht los. Unsere Genossen springen von den Bänken und stürzen nach vorn. Bücher fliegen Roth an den Schädel. Immer wiederholt sich der Ruf: Herunter mit dem Bluthund. Die Sozialdemokraten bleiben still. Als Roth nicht weiterreden kann, wird die Sitzung auf zehn Minuten vertagt.

Dann gibt Genosse Eichhorn die Erklärung ab, daß unsere Empörung durch Roths Leichenschändung an Leviné berechtigt ist. „Nur mit Rücksicht auf die proletarischen politischen Gefangenen sehen wir von einer weiteren Unmöglichmachung der Sitzung ab und lassen Roth mit seiner Gesellschaft allein." Die KPD. verläßt dann demonstrativ den Saal.

Kaum ist die Sitzung wiedereröffnet, so bricht ein Streit zwischen Sozialdemokraten und Völkischen und Deutschnationalen los. Die Abgeordneten stürzen aufeinander los und es setzt Prügel für die Sozialdemokraten. Lärm und Aufregung sind unbeschreiblich. Als der Tumult sich nicht legt,

wird die Sitzung zum zweitenmal vertagt.

Dann tagt der Aeltesten-Ausschuß und schleunigst bemühen sich die Sozialdemokraten, die anständigen Bürger zu markieren. Hermann Müller erklärt, daß sie die „unwürdige Szene" bedauern! Und dann — lacht nicht! — leisten die geprügelten SPD.-Leute Abbitte.

Um die Gefangenen kümmern sie sich jedoch nicht.

Die „Würde des hohen Hauses" ist ihnen mehr wert als die Befreiung der Opfer der deutschen Justizschmach.

Zum Schluß der Tagung erklärt Staatssekretär Joel vom Justizministerium, daß die Regierung grundsätzlich nicht an Amnestie denke! Das ist die brutale Antwort der kapitalistischen Klasse.

*

Erneut ist es unseren Genossen im Parlament gelungen, den bürgerlichen Heuchlern die Maske vom Gesicht zu reißen. Die Rede des blutbesudelten Roth hatte den Vorteil, offen zu sein und den Standpunkt der Reaktion klar zu umreißen: Freiheit für die Rechtsputschisten, Freiheit für die Mörder „aus vaterländischem Interesse" — aber Zuchthaus und Tod für Proletarier, die für den Befreiungskampf ihrer Klasse, für den Sturz der Ausbeuterherrschaft sich einsetzen.

Gestern sagten wir an dieser Stelle, daß die Regierung die Heuchelei des famosen „Rechtsboden" längst aufgegeben hat. Jeder neue Tag beweist aufs Neue, wie revolutionär die Situation ist. Unverhüllt tritt jetzt die Konterrevolution dem Proletariat entgegen. Alle demokratischen Masken helfen nichts mehr! Der Klassenkampf spitzt sich zu und man kann nur lachen über jene armseligen Toren oder Lügner, die von „Volksgemeinschaft" und „neuer Friedensära" schwafeln.

Arbeiter, Proletarier in Kontor und Fabrik, hört die Signale. In Berlin entwickelt in diesen Tagen die internationale Bourgeoisie eine fieberhafte Tätigkeit: der Sklavenplan soll unter Dach und Fach gebracht werden. **In Moskau aber ertönen auf dem Weltkongreß der Komintern die Fanfaren der proletarischen Revolution!**

Völker, hört die Signale ....

Ein neuer Feldzug gegen die KPD.

Von Ruth Fischer

Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß eine neue Periode der Verfolgungen gegen die KPD. beginnt. So will man unter anderem durch ein Sondergesetz alle diejenigen Abgeordneten, die des Hochverrats angeklagt werden (und bei welchem kommunistischen Abgeordneten wird das nicht der Fall sein?), ihrer Immunität berauben. Dieses an sich unbedeutende Ereignis wirft ein Licht auf die gesamte Situation in Deutschland. Gewiß, die deutsche Bourgeoisie hat die Mark stabilisiert. Die deutsche Bourgeoisie hofft jetzt, wie einst auf den großen Wilson, daß aus Amerika Frieden und Freiheit kommen, wie der Dawes-Bericht verspricht. Aber die deutsche Bourgeoisie ist ihrer Sache nicht so sicher, wie sie es in den wohltönenden Reden ihrer Führer und ihrer sozialdemokratischen Knechte verkündet. Herriot ist zwar zur Macht gekommen, aber das Ruhrgebiet räumt er nicht. Macdonald ist für den Sachverständigenbericht, aber die Durchführung des Sachverständigenberichts wird die deutsche Wirtschaft zur Beute der Auseinandersetzung zwischen den widerstreitenden Interessen Englands, Amerikas und Frankreichs machen. Herriot und Macdonald versuchen im Bunde mit der deutschen Sozialdemokratie, den deutschen Arbeitermassen das trügerische Lockbild einer ruhigen und gesicherten Entwicklung des internationalen Kapitalismus vorzugaukeln.

Aber noch ehe sie ihren Plan auszuführen beginnen, zeigen sich schon die Anzeichen der neuen Krise, die gerade durch die Ausführung ihres Friedensplanes hereinbrechen wird. Die Rentenmark ist stabilisiert. Aber die Geldkrise ist da. Und sie ist sehr spürbar für die breiten Arbeitermassen. Die Zahlungsmittelknappheit unterbricht die Produktion in vielen Betrieben, zwingt zu Massenentlassungen, führt zum Zusammenbruch der kleineren und mittleren Betriebe. Diese Zahlungsmittelknappheit schafft bereits eine weitgehende Unruhe unter den breiten Schichten der Arbeiterschaft.

Dazu kommt eine Gärung unter den Eisenbahnern, die auch durch das jetzige Lohnabkommen nicht erledigt ist. Bekanntlich sieht der Dawes-Bericht die Uebergabe der Eisenbahnen aus dem Eigentum des Deutschen Reiches an einen internationalen Konzern vor. Diese Privatisierung der Eisenbahnen bedeutet eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der Eisenbahner, damit die Eisenbahnen „rentabel" werden. Die Sozialdemokraten, immer noch eifriger als ihre Brotherren, diskutieren im „Vorwärts" bereits die Frage, wie man schnell und schmerzlos das Eisenbahngesetz unter Dach und Fach bringen kann. Nach der Reichsverfassung ist zu einer Verfassungsänderung, und eine solche bedeutet das Eisenbahnergesetz, eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Da diese Zweidrittelmehrheit nicht sicher ist — die Kommunisten werden natürlich mit aller Kraft die Interessen der Eisenbahner gegen die nationale und internationale Bourgeoisie verteidigen —, so sucht man nach einem parlamentarischen Trick, um diese Zweidrittelmehrheit herumzukommen. Man will also den Eisenbahnern wieder einmal eine Lektion geben, was die bürgerliche Demokratie bedeutet.

Eine weitere Quelle der Unruhe ist die schwere Lage in der Metallindustrie. Die Ausführung des Sachverständigengutachtens wird besonders auch in der Metallindustrie große Schwierigkeiten verursachen. Es ist ganz klar, daß die englische Bourgeoisie kein Interesse an der Metallindustrie in Deutschland haben kann. So ist in einer Denkschrift des englischen Industriellenverbandes anläßlich der Kreditverhandlungen mit Deutschland der Grundsatz brutal aufgestellt worden, daß die deutsche Industrie beschränkt werden soll auf die Herstellung von Rohstoffen in Deutschland, die in den Ententeländern weiter verarbeitet werden sollen, und daß Deutschland ähnlich wie eine Kolonie behandelt werden müsse. Auch in dem Sachverständigen-Bericht selbst ist das klar ausgesprochen. Die Massenarbeitslosigkeit in der Metallindustrie, die besonderen Beunruhigungsmomente in der Eisenbahnerbewegung beweisen also, daß die Bourgeoisie beginnt, das Sachverständigengutachten durchzuführen, daß sie dabei die größten Schwierigkeiten haben wird, daß die Krise unvermeidlich ist, und daß die revolutionäre Bewegung sehr rasch wachsen wird. Sagt doch der Sachverständigenbericht, daß die „politische und soziale

Die „Friedensära" beginnt

Die Kontrollnote

(WTB.) **Berlin**, 24. Juni.

Der englische Botschafter und der französische Geschäftsträger haben dem Reichskanzler am Dienstag Nachmittag die in der Presse bereits angekündigte Note überreicht, die in deutscher Uebersetzung lautet:

„Chequers, den 22. Juni 1924.

Wir wünschen uns in einer Frage, die unsern beiden Regierungen ernste Sorge bereitet, unmittelbar an Euere Exzellenz zu wenden. Wir haben nicht ohne größte Besorgnis erfahren, daß die Deutsche Regierung vielleicht die Absicht haben könnte, auf die kürzlich wegen der Militärkontrolle in Deutschland an Ihren Botschafter in Paris gerichtete Note keine zustimmende Antwort zu geben. Gleichzeitig erhalten wir die beunruhigenden Berichte über die unausgesetzte und zunehmende Aktivität der nationalistischen und militaristischen Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen treffen, um in Europa neue bewaffnete Konflikte hervorzurufen. Diese Berichte sind zu zahlreich und zu substantiiert, als daß man sie vernachlässigen könnte. Sie führen dazu, die öffentliche Meinung in einer Besorgnis zu bestärken, die unvermeidlich die Haltung der beiden Regierungen beeinflussen muß. Wir sind sicher, daß die Deutsche Regierung, falls diese Berichte unbegründet sind, nicht nur ihre eigenen Interessen wahren, sondern auch ganz Europa einen großen Dienst erweisen wird, wenn sie an einer Untersuchung mitwirkt, die so durchgeführt wird, daß sie die Besorgnisse vor geheimen militärischen Vorbereitungen zerstreut.

Wir können der Deutschen Regierung nicht verbergen und wir halten es für gut, sie davon zu verständigen, daß jeder neue Verstoß gegen die loyale und genaue Durchführung der Verpflichtungen aus Teil V des Vertrags von Versailles die internationale Lage gerade in dem Augenblick schwer belasten würde, in dem die Aussicht auf schnelle Inkraftsetzung des Dawes-Berichtes in allen beteiligten Ländern die Hoffnung auf eine endgültige Regelung der Reparationsfrage, die einer allgemeinen und wirklichen Befriedigung die Wege ebnen soll, aufkeimen läßt.

Wir bitten daher die Deutsche Regierung, diese Befriedigung zu erleichtern und zu diesem Zwecke zunächst **mit Nachdruck und gutem Willen** an der Verwirklichung der rechtmäßigen Forderungen der Militärkontrollkommission mitzuarbeiten.

Es läge im eigensten Interesse der Deutschen Regierung, wenn die genaue Lage in bezug auf die Entwaffnung in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages festgestellt würde; wenn sie die Alliierten von der Aufrichtigkeit ihrer Haltung überzeugen will, muß sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen Beweis hierfür zu geben, **indem sie die Kontrollkommission bei der Feststellung der Tatsachen unterstützt.**

Wir appellieren an Euere Exzellenz, weil wir keine Gelegenheit versäumen möchten, um eine Ursache ernster Schwierigkeiten zwischen unseren Regierungen zu beseitigen. Frankreich und Großbritannien haben keineswegs das Bestreben, der Deutschen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten oder die Kontrolle über das Maß des Notwendigen hinaus zu verlängern. Im Gegenteil, sie nehmen die Zurückziehung der Kommission für einen möglichst nahen Zeitpunkt in Aussicht. Sie wünschen lebhaft, den Mechanismus der Kontrollkommission durch das im Artikel 213 des Vertrags dem Völkerbundsrat übertragene Untersuchungsrecht ersetzt zu sehen, sobald sie in bezug auf die verschiedenen Punkte, die die alliierten Regierungen besonders bezeichnet haben, Genugtuung erhalten haben. Sie verlangen nur, daß man ihren berechtigten Besorgnissen jede Beruhigung zuteil werden läßt. Man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie ihre Sicherheit durch den Wegfall der Garantien gefährden lassen, die sie auf Grund der Bestimmungen des Vertrags von Versailles in Händen haben.

In diesem Geiste bringen wir erneut unsere aufrichtige Hoffnung zum Ausdruck, daß die Deutsche Regierung auf die Note der Botschafterkonferenz die Antwort erteilt, die der Situation und den im Vertrag feierlichst festgelegten Verpflichtungen entspricht.

gez.: Herriot. J. Ramsay Macdonald."

(Fortsetzung Seite 2)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240625-10/fragment/page=0001

Ruhe" Vorbedingung der Durchführung sei, damit die Eisenbahnen und jedes andere deutsche Unternehmen zufriedenstellende Ergebnisse bringen können.

Jetzt ist es also ganz klar, warum die neue Marx-Stresemann-Regierung und die Sozialdemokratie eine neue Verfolgungsära gegen die Kommunisten beginnen. **Die Kommunistische Partei ist der gefährlichste Feind des Versklavungsplanes**, den die deutsche Bourgeoisie im Verein mit der internationalen Bourgeoisie eingegangen ist. Die Kommunistische Partei ist trotz aller Schwierigkeiten und Niederlagen eine Massenpartei, die in den ökonomischen Kämpfen, die gerade in der letzten Zeit in Deutschland geführt worden sind, noch weitere Massen um sich geschart hat. Die Niederschlagung der Kommunistischen Partei ist eine Lebensfrage für die Sozialdemokratie. Man will die Führer der Kommunisten ins Zuchthaus bringen, indem man ihnen alle möglichen gemeinen Vergehen und Verbrechen andichtet. Man will damit die Reichstagsfraktion schwächen, um bequemer die Gesetze zur Durchführung des Dawes-Berichtes durchzubringen. Die Sozialdemokratie spielt die Rolle der loyalen Opposition der Marx-Regierung. Die Marx-Regierung hat die Funktion, das Sachverständigengutachten anzunehmen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sich die Deutschnationalen, sogar bald, an der Regierung beteiligen, um das Sachverständigengutachten, gegen die Arbeiter, durchzuführen. Die Sozialdemokraten werden die bürgerliche Regierung unterstützen, auch wenn sie Deutschnationale umfaßt. Aber der Unterdrückungsfeldzug, der gegen die Partei geführt wird, wird nur zur Stärkung ihres Einflusses bei den breiten Massen beitragen. Zur Durchführung des Sachverständigen-Berichtes ist „Ruhe und Ordnung" im kapitalistischen Deutschland notwendig. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird dafür sorgen, daß diese politische und soziale Ruhe, die den Hunger und Tod der Arbeitenden bedeutet, nicht eintritt. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird unermüdlich in der jetzt anwachsenden ökonomischen Krise die Arbeitermassen sammeln.

Roths gelehrige Schüler

Polizeiterror gegen Kommunisten im bayerischen Landtag

(Eig. Drahtm.) München, 25. Juni.

Die Polizei hat im Sitzungszimmer der kommunistischen Fraktion des Landtages eine Versammlung ausgehoben. Es wurden Papiere beschlagnahmt und acht bis zehn Personen verhaftet. Abgeordnete sollen sich nicht darunter befinden.

*

Natürlich meldet die feindliche Presse bereits wieder allerlei Schwindel über „sensationelle Funde" und „wertvolle Feststellungen". Der Einbruch der Polizei in das kommunistische Fraktionszimmer ist natürlich auch ein Stück Vorbereitung zu dem geplanten großen Schlag gegen die Kommunisten.

Kommunisten treten für die Erwerbslosen ein

(Eig. Drahtber.) Köln, 24. Juni.

Im Kölner Stadtparlament standen gestern die kommunistischen Anträge für die Linderung des Erwerbslosenelends zur Debatte. Dabei kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und Bürgerlichen einschließlich Sozialdemokraten. Besonders taten sich die Zentrumsleute hervor. Die Anträge sollten in einer Kommission begraben werden. Dagegen machten die Kommunisten heftige Obstruktion, die von den Erwerbslosen auf der Tribüne lebhaft unterstützt wurde. Da die Ausbeuter die Anträge nicht annehmen wollten, wurde die Sitzung ohne Abstimmung geschlossen.

Hunger im Saargebiet

Grauenhaftes Erwerbslosenelend

(Eig. Drahtm.) Saarbrücken, 25. Juni.

Das Erwerbslosenelend im Saargebiet ist himmelschreiend. Nach dem Jahresbericht des Arbeitsnachweises Saarbrücken waren in den letzten elf Monaten durchschnittlich 3130 Arbeiter erwerbslos. Auf Grund von besonderen Bestimmungen erhielten aber **nur 837 Erwerbslose Unterstützung.** Eine Familie von vier Köpfen konnte sich täglich **zwei Pfund Kartoffeln und wöchentlich drei Brote** kaufen. In den letzten elf Monaten sind 7128 Franks an Unterstützung gezahlt worden und für den Verwaltungsapparat, drei Herren und eine Dame, 25 000 Franks an Gehältern!

Massenentlassungen und kein Ende

Düsseldorf, 24. Juni.

Die Firma Schieß hat 400 Angestellte, Techniker, Ingenieure usw. zum Ende des Monats gekündigt. Im Verhältnis dazu zahlreiche Arbeiter bis zu den Lehrjungens hinab.

Aehnliche Kündigungen sind bei den Firmen Hartort & Hohenzollern und Desgries vorgenommen.

Die Direktion der Steinkohlenzeche Karl-Friedrich hat der gesamten Belegschaft zum 30. Juni gekündigt, angeblich wegen Mangels an Betriebsmitteln.

Remscheid, 14. Juni.

Die Bergische Stahlindustrie, die 3600 Arbeiter beschäftigt, gibt heute bekannt, daß sie ihre Betriebe von Montag, den 16. Juni, an auf vier Tage einschränken wird.

Verschärfung der Unternehmeroffensive

Chemnitz, 24. Juni.

Die Chemnitzer Zimmermann-Werke haben am Sonnabend die 6000 Mann starke Belegschaft entlassen. Am Ende dieser Woche sollen die Angestellten zur Entlassung kommen. Der Betrieb soll nach sechs Wochen „vielleicht" wieder aufgenommen werden.

Massenentlassungen, Stillegungen, Arbeitszeitverkürzung überall. War das nicht schon einmal so? 1920 begann diese Periode, die in der Folge ungeheures Elend über die Arbeiterklasse brachte. Soll das Elend von heute verblassen vor dem Elend von morgen, das kommen muß, wenn die Arbeiter wieder willenlos, passiv, sich die Offensive des Unternehmertums gefallen lassen? Es ist nötig, daß, wenn der deutsche Kapitalismus nicht in der Lage ist, die Betriebe fortzuführen, die Arbeiterschaft die Sache selbst in die Hand nimmt und die Kontrolle der Produktion vornimmt.

Neue russische Gesandte

Moskau, 24. Juni.

Antonow-Owsejenko, der frühere Leiter der politischen Verwaltung des revolutionären Militärismus, ist zum politischen Vertreter der Sowjetunion in Prag ernannt worden. Kobeckij wurde politischer Vertreter in Estland.

Die Kontrollnote

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Reichskanzler hat dem englischen Botschafter und dem französischen Geschäftsträger erklärt, daß er die Note zur Kenntnis des Reichskabinetts bringen werde. Die Alliierten würden rechtzeitig, d. h. bis zum 30. Juni, eine Antwort der Deutschen Regierung erhalten.

*

Wie sanft und lieblich kommt der Wind von Westeuropa! S'ist ein leises Lüftchen, und wer nicht auf's politische Barometer schaut, könnte glauben, daß die Zeit der „aufrichtigen Hoffnungen", des „guten Willens" angebrochen ist.

Wenn man allerdings näher zuschaut und vor allem die schillernden Worthüllen aus der Kontrollnote entfernt, dann bleibt nichts anderes übrig als die bekannte Melodie, die schon Poincaré gesungen hat.

Die Reichsregierung, deren Faszistenfreundlichkeit gerichtsnotorisch ist, soll nun Farbe bekennen und wir können uns lebhaft vorstellen, was für ein Winden und Drehen, Feilschen und Kuhhandeln nun losgehen wird nach der Melodie: Alles, alles wegen des Dawes-Gutachtens!

Wir könnten zu dieser Entwaffnungsnote, zur Stellung der Reichsregierung, zur Haltung und Stärke der faszistischen Verbände allerlei sagen. **Wir denken aber nicht daran, den Herren Ebert, Jarres, Hörsing, Runge und Konsorten den Gefallen zu tun.** Wir verzichten gern darauf, diesen Schergen der Reaktion Material zu einem Landesverratsprozeß zu servieren und den Fall Gumbel zu erneuern. Wir halten's mit dem alten Römer Cicero:

Gerade das Schweigen ist laute Anklage!

Das Proletariat weiß, was los ist, und hat gar kein Interesse, durch redseligen Pazifismus sich selbst die Klassenjustiz auf den Hals zu hetzen. Mit solcher Kleinbürgerei mögen sich andere Leute abgeben. Wir wissen, daß damit nichts erreicht wird. **Was notwendig und unvermeidbar ist, wird kommen und dafür muß das Proletariat sich rüsten.**

Aufruf!

Am 5. Juni hat die Zentrale der KPD. aufgefordert zur Einsendung von Kriegserlebnissen, im Felde und in der Etappe, von Photographien aus den Schützengräben, von der Not und dem Hunger zu Hause. Dieser Aufruf hatte sehr guten Erfolg, der es heute schon ermöglicht, das Material in großzügiger Propaganda gegen den imperialistischen Krieg, gegen den internationalen Kapitalismus auszuwerten.

Alle nationalistischen Organisationen und das gesamte Bürgertum werden am 4. August große Kundgebungen für den imperialistischen Krieg veranstalten.

Die pazifistischen Heulmeirer und Sozialverräter, die 1914 mit fliegenden Fahnen in das Lager der imperialistischen Generale übergegangen sind, wollen den 4. August benutzen, um mit ihren Phrasen von Völkerfrieden und Pazifismus das Proletariat einzuschläfern, um es von der rücksichtslosen Führung des Klassenkampfes, von der entschlossenen Vorbereitung des Bürgerkrieges abzuhalten.

Demgegenüber ist es Aufgabe der KPD., den 4. August als zehnjährigen Gedenktag des Verrats der sozialdemokratischen Partei, als den Tag des Zusammenbruchs der zweiten Internationale zu brandmarken und zu wuchtigen Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg und gegen seine pazifistischen Helfershelfer aufzurufen. Als geistige Vorbereitung dazu wollen wir das Erlebnis des imperialistischen Krieges, freilich so, wie ihn der Proletarier und nicht der Offizier und das Etappenschwein erlebte, dem Arbeiter wieder vor Augen stellen.

Wir fordern heute nochmals alle Parteigenossen und Sympathisierenden auf, ihre Erlebnisse während des Krieges von 1914/18 und während des Bürgerkrieges von 1918/24 aufzuschreiben und an die nachstehende Adresse einzusenden. Besonders dringlich fordern wir ausländische, in Deutschland weilende Genossen auf, uns ihre Kriegserlebnisse in ihren Ländern zur Verfügung zu stellen. Von Interesse sind auch Erlebnisse in Kriegsgefangenenlagern, Lazaretten, Proviantmagazinen, Stäben usw. Wir machen unsere freiwilligen Mitarbeiter aufmerksam auf die Typen des Stabsarztes, des Kompaniefeldwebels, der Feldgeistlichen aller Konfessionen und dergleichen mehr.

Besonders benötigt werden Photographien, sowohl aus dem Kriege als aus der Zeit des Bürgerkrieges. Aufnahmen von Margarinepolonaisen, Hungerdemonstrationen, vom Schlemmerleben der Offiziere und der herrschenden Klasse überhaupt usw. Die uns überlassenen Photographien erhält der Eigentümer unbeschädigt zurück. Letzter Einsieferungstermin 5. Juli.

Den Einsendern von brauchbarem Material wird nach Herausgabe der Broschüre ein Freiexemplar übersandt.

Alle Zuschriften an

Hugo Eberlein, M. d. L., Berlin C 54, Rosenthaler Str. 38.

Die Metallarbeiter müssen kämpfen

(Eig. Drahtm.) Hamm, 25. Juni.

Nachdem die Metallarbeiterverbände den Schiedsspruch vom 13. Juni abgelehnt hatten, beantragte der Arbeitgeberverband die Verbindlichkeitserklärung. Die Verhandlungen in Hamm verliefen ergebnislos.

Der Reichsarbeitsminister hat inzwischen den Schiedsspruch gegen die Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppen verbindlich erklärt. Die Arbeitsgemeinschaftsverbände werden am Samstag in Funktionärversammlungen dazu Stellung nehmen.

*

Die Gewerkschaftsführer spielen wieder mal Komödie. Seit geraumer Zeit schon verfolgen sie, in trautem Verein mit der SPD., die Taktik, nicht mehr offen gegen Ablehnung der Schiedssprüche und Streiks einzutreten, sondern in Wortradikalismus und Sympathie zu machen, hinterher aber, nachdem die Staatsmaschine ihnen durch Verbindlichkeitserklärung usw. vorgearbeitet hat, jede Bewegung abzuwürgen. Die Arbeiterschaft muß mehr als je wachsam sein. Im vorliegenden Fall kann es sich nur darum handeln, auch weiterhin die Annahme des Spruches zu verweigern und dem Kampf nicht auszuweichen.

Streikabbruch in Sachsen?

Bürgerliche Blätter melden: Im sächsischen Kohlengebiet fand am Montag die Urabstimmung über die Streikfrage statt. Da die Urabstimmung nicht die notwendige Mehrheit für eine Weiterführung des Streiks ergeben hat, haben die tarifabschließenden Organisationen entsprechend den Wünschen ihrer Mitglieder die Streikbewegung für beendet erklärt. Die Arbeit ist unter den Bedingungen des am 11. Juni durch das Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch am Dienstagfrüh wieder aufgenommen worden.

Der pommersche Landes-Arbeiterkongreß

(Eig. Drahtber.) Stettin, 24. Juni.

Der Landes-Arbeiterkongreß für den Bezirk Pommern war von 46 Delegierten der pommerschen Industrie- und Landarbeiterschaft beschickt. Nach zwei Referaten über das Sachverständigengutachten und Aufgaben der Arbeiterschaft wurde eine Resolution, welche die politischen und organisatorischen Maßnahmen enthält, angenommen. Eine Kommission zur Vorbereitung der Organisierung der Abwehrkämpfe wurde einstimmig gewählt. Der Kongreß hat vor allen Dingen einen innigen Kontakt zwischen dem pommerschen Land- und Industrieproletariat geschaffen.

Zur Landtagswahl in Anhalt

Wie nach der Reichstagswahl zu erwarten, hat die Landtagswahl in Anhalt eine geringere Wahlbeteiligung und damit einen Stimmenrückgang für alle Parteien gebracht. Den stärksten Rückgang erlitt die Deutsche Volkspartei, die von 37 000 auf 27 000 Stimmen gesunken ist. Außerdem haben die Deutschvölkischen einen Stimmenverlust von mehr als einem Viertel ihrer Stimmen erlitten und auch die Sozialdemokraten büßten über 1000 Stimmen ein. Der Stimmenverlust unserer Partei beträgt reichlich 5000 Stimmen. Wie schon die Kommunalwahlen in Preußen, die gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 4. Mai stattfanden, sehr deutlich bewiesen haben, entscheiden schwankende Arbeiterschichten die Kommunal- und Landesfragen sehr oft anders als die Fragen der allgemeinen Reichspolitik. In sehr vielen Orten war die für unsere kommunalen Listen abgegebene Stimmenzahl geringer, teilweise sogar ganz erheblich, als die Stimmenzahl der Reichstagswahllisten. Bei der Anhaltischen Landtagswahl ist aber nach sieben Wochen die Differenz doch so erheblich, daß die Partei in eine ernste Prüfung der Gründe dieses Stimmenunterschiedes eintreten muß. Daß die Deutschvölkischen und auch die Deutsche Volkspartei prozentual noch stärkere Stimmenverluste hatten, als wir, darf keineswegs als Erklärung diese ernste Prüfung zurückdrängen.

Zunächst waren wir bezüglich unserer Landespolitik in Anhalt bisher in der denkbar schlechtesten Weise vertreten. Wir hatten nur zwei der ehemaligen USP.-Abgeordneten bei der Spaltung für uns gewonnen. Einer dieser Abgeordneten, der durch sein Auftreten der Partei stets mehr geschadet als genutzt hat, ist nach dem Parteiverbot im Winter noch zur SPD. übergetreten. Den letzten Abgeordneten hat man dann noch ausgeschaltet, indem man ihm einen Diebstahlsprozeß anhängte, wozu ein sozialdemokratischer Abgeordneter und Gewerkschaftssekretär in einer öffentlichen Versammlung sagte, daß unserem Genossen dieser Prozeß nur angehängt worden sei, weil er Kommunist wäre. Nach längerer Untersuchungshaft erfolgte wirklich Verurteilung zu einem Monat Gefängnis, so daß unsere Landtagsvertretung völlig erledigt wurde. Die SPD. nutzte als Regierungspartei mit ungeheurem Papieraufwand diese Schwäche unserer Partei gerissen und schamlos aus, wobei sie um so lärmender mit ihrer Siedelungs- und Bodenreformpolitik prahlte. Neben diesen personellen und lokalen Gründen haben aber zweifellos auch die Illusionen, die durch die pazifistischen Phrasen der Macdonald- und der Herriot-Regierung und ihrer Propheten in Deutschland erzeugt wurden, solchen Arbeitern zeitweilig die Köpfe umnebelt, die bei der Reichstagswahl schon für uns stimmten.

Aber die 16 000 Arbeiter des kleinbürgerlich-agrarischen Anhalt, die trotz aller Hetze, trotz aller Reformisteteien der Peus und Genossen, trotz aller Illusionen bei dieser Wahl fest zu uns gestanden haben, zeigen, daß die KPD. in dieser SPD.-Hochburg, in der die kommunistische Bewegung bisher praktisch nur geringe Bedeutung hatte, Positionen errungen hat, die jetzt nicht mehr erschüttert werden können. Es wird die Aufgabe der Partei sein, von diesen Positionen aus nachhaltig und zielbewußt den Kampf zu führen. Wir haben während der beiden Wahlbewegungen unsere Parteiorganisationen in allen Teilen des Landes ganz außerordentlich gestärkt und aktivisiert. In intensiver politischer Arbeit und aufrüttelnder Propaganda werden wir auch die schwankenden Arbeiterschichten bei der Durchführung des Sachverständigengutachtens und dem Zusammenbruch aller sozialen Errungenschaften von ihren Illusionen befreien, sie immer fester an unsere Fahnen fesseln und ihnen Klarheit darüber verschaffen, daß aus ihren täglichen Nöten der Kommunismus der einzige Ausweg ist.

Der italienische Faszistenterror

(WTB.) Turin, 24. Juni.

Fünf junge Burschen drangen in die Privatwohnung des abwesenden Senators Frassati, des ehemaligen Berliner Botschafters, ein und zerstörten die Möbel. Als seine Frau und sein Sohn herbeieilten, ergriffen die Eindringlinge die Flucht in einem Auto. Die Polizei verhaftete angeblich mehrere Beteiligte. Das Vorkommnis steht in Verbindung mit der scharfen Kampagne der Turiner „Stampa" gegen die Regierung.

Gutgläubige sanfte Pazifisten waren der Meinung, daß die Faszisten nach dem die ganze Welt erschütternden Meuchelmord an Matteotti sich etwas zurückhaltender verhalten würden. Das Gegenteil ist der Fall. Erst vor wenigen Tagen ist in Verona ein Faszist von seinen eigenen Parteigenossen erschossen worden, weil er es gewagt hatte, den Matteotti-Mord öffentlich zu beklagen. Die Terrorakte gegen oppositionelle Abgeordnete häufen sich. Unsere italienischen Genossen, deren Einfluß immer stärker wird wandern scharenweise ins Gefängnis.

Mussolini glaubt, dauernd auf Bajonettspitzen regieren zu können. Sein Regierungsorgan greift in einem sehr scharfen Artikel die Antifaszistenbewegung an. Die Faszisten seien entschlossen, nur nach einer Niederlage im Kampf mit der Waffe in der Hand ihre Stellung aufzugeben. Die Forderung der Opposition, der Rücktritt des Kabinetts, sei vollkommen unerfüllbar. Der Faszismus sei auf alles vorbereitet, seine kriegerische Seele atme noch in alter Frische.

Mussolini hat den „Oeuvre", das Blatt des französischen Linksblockes in Italien verboten, weil es die italienische Regierung zu scharf angegriffen hat.

Mussolinis Kraftprobe

Blutige Zusammenstöße

(Eig. Drahtmeld.) Rom, 24. Juni.

In der Senatssitzung hielt Mussolini eine Rede über die Stellungnahme der Regierung zum Mord an Matteotti und zur politischen Lage. Der politische Sinn seiner Rede war der: Die Regierung bleibt auf ihrem Posten. An die Auflösung der faszistischen Miliz könne nicht gedacht werden. In Galatina kam es zu einer großen Kundgebung der Bauern gegen den Faszismus. Die demonstrierenden Bauern fangen die „Rote Fahne". Mit der angerückten Gendarmerie kam es zu blutigen Zusammenstößen, wobei 40 Bauern verhaftet wurden. Aus ganz Italien werden weitere Gewalttätigkeiten der faszistischen Banden gemeldet.

Am 29. Juni ist Arbeiterkongreß!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240625-10/fragment/page=0002

Der Weiße Schrecken in Deutschland!

Klassenjustiz und kein Ende — Die Rote Hilfe auf der Wacht!

Die Eröffnungssitzung im Reichstag hat der ganzen Welt die verzerrte Fratze der „deutschen Demokratie" und die Willkür der Klassenjustiz offenbart. Immunität für kommunistische Abgeordnete gibt es in der Ebert-Republik nicht. Längst arbeiten die Parlamente den berufsmäßigen und gut bezahlten Henkersknechten der demokratischen Rechtsauffassung willfährig in die Hände. Nicht nur im Reichstag, sondern in allen Länderparlamenten, in Bayern, Württemberg, Thüringen, Sachsen, Hamburg, Mecklenburg und Bremen wandern kommunistische Abgeordnete in die Gefängnisse wegen Ausübung ihrer politischen Auffassung, die sie im Auftrage von Millionen Wählern ausüben.

Die Klassenjustiz ist ein wichtiger Faktor der faszistischen Konterrevolution. Je mehr sich die Macht auf Seiten der Reaktion verschiebt, um so brutaler wüten die Klassengerichte gegen das revolutionäre Proletariat. Meuchelmorde sind ja schon längst zur politischen Waffe gegen die Führer der Arbeiterklasse geworden. Und in offener Feldschlacht des Bürgerkrieges sind bereits **Tausende tapferer Genossen ermordet. Jetzt ist aber auch in der freiesten der** Republiken der politische Justizmord zum System erhoben.

Die dunkelsten Zeiten des Zarismus werden von der republikanischen Gerichtsbarkeit in Deutschland übertroffen.

Waren die zaristischen Gefängnisse die schrecklichsten und qualvollsten für die Revoluttonäre, so sind die Leiden, welche deutsche Proletarier hinter Kerkermauern erdulden müssen, nicht minder qualvoll und grausam. Aus der Bayerischen Peter-Paulsfeste, dem berüchtigten Niederschönenfeld, kommt jetzt ein gellender Alarmruf. **Der Dichter Erich Mühsam, der dort 15 Jahre eingekerkert wird, liegt todtkrank darnieder.** Ihm fehlt jede ärztliche Hilfe. Der faszistischen Gefängnisarzt, Dr. Steindel, lehnt er mit Recht ab; denn es war derselbe Arzt, der den Tod des Genossen Hagemeister auf dem Gewissen hat.

Hagemeister wurde von ihm, bereits todtkrank, als Simulant bezeichnet.

Mühsam soll genau so wie Hagemeister zu Tode gequält werden.

Einst äußerte sich der Oberstaatsanwalt Hoffmann im Beiseln des späteren Reichsjustizministers Emminger einem Festungsgefangenen in Niederschönenfeld gegenüber:

„Wir haben Ihr Leben vollkommen in der Hand!"

Und daß sie mit dem Leben der politischen Gefangenen Schindluder treiben, beweist aufs neue der **Tod des Genossen Christian Raich im Ulmer Festungsgefängnis.** Kerngesund trat der Genosse im Februar dieses Jahres seine Strafe an und Anfang Juni starb unter den fürchterlichsten Qualen im Gefängnis.

Der Gefängnisarzt, der bereits in anderen Fällen sich ganz brutal gegen kranke Insassterte benommen hatte, verhängte das Todesurteil über den Genossen Raich. Denn er erklärte, trotzdem ein Justizrat **eine Strafunterbrechung befürwortete, daß nur Sterbenskranke eine solche Vergünstigung bekommen.**

In München ist der Genosse Heimburg dem Wahnsinn nahe. Durch die lange Unterernährung und Einzelhaft ist er völlig körperlich und geistig zusammengebrochen.

Wahre Orgien feiern die sadistischen Wüstlinge, denen das Leben der proletarischen Gefangenen in ihrer Eigenschaft als Gefängnisvorstand und Gefängnisarzt in die Hände gegeben ist. In der bayrischen Hölle, Niederschönenfeld, wurde Genosse Sauber bereits seit 1919 mit zwanzig Festungsgefangenen und etwa 40 Genossen, die zu Zuchthaus verurteilt sind, inhaftiert — auf die teuflischste Art vom Oberstaatsanwalt Hoffmann gefoltert. Wegen eines von Hoffmann provozierten Wortwechsels wurde

Genosse Sauber von 10 Aufsehern gepackt und in eine Zwangsjacke gesteckt; an Händen und Füßen gefesselt, warf man ihn auf den kalten Boden einer leeren Zelle. Zwei Tage lang ohne Speise und Trank, in seinem eigenen Kot und Urin liegend, mußte er so zubringen. Außerdem wurde er noch geknebelt. Der Oberstaatsanwalt Hoffmann, der dann die Zelle betrat, gab dann dem vor Schmerzen halb ohnmächtigen Genossen unter den zynischsten Redensarten noch einen Fußtritt.

Aber auch in anderen Teilen Deutschlands werden die bestialischsten Quälereien an den Gefangenen verübt. Vor kurzem starb in Hamburg durch die Schuld des dortigen Gefängnisarztes ein kommunistisches Bürgerschaftsmitglied. Jetzt kommt aus Stargard die Nachricht, daß die 72jährige Mutter eines Genossen für haftfähig erklärt und in Untersuchungshaft gebracht wurde!

Kein Wunder ist es, daß sich in erschreckender Weise die Fälle mehren, wo politische Gefangene den letzten verzweifelten Schritt gegen die Justizwillkür unternehmen und in den **Hungerstreik** treten. Werden doch wahllos ohne jeden Schein des Rechts in allen deutschen Gauen Hunderte, ja Tausende von Kommunisten in Untersuchungshaft gesteckt.

Monate- und jahrelange Untersuchungshaft sind keine Seltenheiten.

Wohlgemerkt, Untersuchungshaft, wo selbst trotz raffiniertester Konstruktion eines Diliktes die Klassenrichter eine Verurteilung nicht Strafen verhängen. Noch ist der Fall des Genossen Smolka frisch in Erinnerung. Grundlos verhaftet, erzwang er eine Verhandlung durch Hungerstreik. Bei der Verhandlung versagte der Polizeispitzel, welcher die Verhaftung des Genossen veranlaßt hatte, so daß der Prozeß mit Freispruch endete.

In München traten 62 Kommunisten in den Hungerstreik. 21 Tage führte der kranke Genosse Dr. Frank den Hungerstreik heldenmütig durch und gab ihn erst auf, als ihm die Parteizentrale den Abbruch des Streikes befahl. In Schweindiz erkämpften acht Genossen, welche sieben Monate lang ohne jede Anklage in Untersuchungshaft steckten, durch Hungerstreik ihre Verhandlung. Fürwahr, es gibt keine schärfere Anklage gegen die Brutalität der Henkerjustiz, als die sich wiederholt mehrenden Hungerstreiks.

Die Weiße Justiz ist bei ihren Verfolgungen Kommunisten und klassenbewußten Proletariern gegenüber zügellos. Noch sind die Gefängnisse und Zuchthäuser vom Kapp-Putsch, der Rathenau-Demonstration, der Münchener Rätezeit und den mitteldeutschen Kämpfen überfüllt. Und neue ungezählte Opfer muß jetzt die Arbeiterschaft auf Grund der Emmingerschen Schnelljustiz bringen.

Kein Tag vergeht ohne neue Riesenprozesse, die die ungeheuerlichsten Strafen im Gefolge haben.

Deutsche Polizeiorgane arbeiten der französischen Militärjustiz in die Hände. Die internationale Einheitsfront der kapitalistischen Ausbeuter ist selbst unter den sogenannten „Erbfeinden" sofort hergestellt, wenn es um die Erledigung der revolutionären Arbeiterschaft geht. Erst vor kurzem hat das französische Kriegsgericht in Mainz auf Grund der Zeugenaussagen deutscher Polizeispitzel 57 Kommunisten zu 132 Jahren 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Elberfelder Arbeiter, die angeblich die Absicht gehabt haben sollen, ein Bombenattentat auszuführen, werden zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ausgehungerte Proleten in Hohenstein-Ernstthal (Zwickau), die den Kapitalisten, welche die Arbeiter monatelang ausgesperrt hatten, den roten Hahn aufs Dach steckten, erhalten Strafen von einem Jahr Gefängnis bis fünfeinhalb Jahren Zuchthaus.

Parteisekretär, Genosse Oelßner, bekommt vom „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik", der Monarchisten und Faszisten aus Grundsatz freispricht, drei Jahre Gefängnis zudiktiert.

In Wetzlar fand ein Riesenprozeß gegen Proletarier statt, bei dem nach fast dreiwöchentlicher Verhandlung

133 Arbeiter zu 13 Jahren Zuchthaus und 55 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Trotz des öffentlichen Klassencharakters der „ordentlichen" Gerichte werden zur rationelleren Arbeit unter dem Protektorat des sozialdemokratischen Reichspräsidenten besonders ausgesiebte und ihrem Kommunistenkoller erprobte Klassenrichter zu Sondergerichten zusammengestellt. Die Sondergerichte sind der konzentrierteste Ausdruck der Weißen Justiz.

Die Hamburger Sondergerichte haben im Wüten der Schnellhjustiz Tausende und Abertausende Schreckensurteile gegen die mutigen Oktoberkämpfer gefällt.

Todesurteile, lebenslange Zuchthaus- und Gefängnisstrafen sind an der Tagesordnung. Noch heute ist die Hamburger Justizguillotine in außerordentlicher Tätigkeit. Prozesse mit 30, 50, ja 90 Angeklagten sind an der Tagesordnung. Urteile mit zwei bis zehn Jahren Gefängnis oder Festung sind keine Seltenheit.

Die Weiße Justiz hat sich auch ihre Spezialisten geschaffen. Der berüchtigte Staatsanwalt Freiherr von Rupprecht in Stuttgart ist ein solcher Spezialist, der mit einem großen Stab von Amtsrichtern, Spitzeln und Kriminalbeamten seit Jahr und Tag den brutalsten Feldzug gegen die württembergische Arbeiterschaft führt.

Auf seine Veranlassung ist der **ganze Redaktionsstab der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" verhaftet worden.** Einzelne Redakteure, wie die Genossen Stetter, Schned, Müller, Hammer und Schreiner sind so mit Anklagen überhäuft, daß sie Tag für Tag Verhandlungen hatten und haben. Jeder von ihnen ist nicht weniger als 10 bis 35 Mal unter Anklage gestellt. Landesverrat, Hochverrat, Aufreizung zum Klassenhaß, kurzum, das ganze Register des Strafgesetzbuches wird ihnen wegen der einfachsten Pressedäußerungen zwischen die Beine geworfen. Die Knebelung der kommunistischen Presse und die Einkerkerung der Redakteure ist die vornehmste Spezialität der Weißen Justiz.

Die Schutzhaftschande während der Seeckt-Diktatur enthüllte die viehischsten Mißhandlungen der Weißen Soldateska gegen Tausende von Proletariern.

11 344 Anklagen in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Mai wurden gegen revolutionäre Arbeiter erhoben.

Dies sind nackte Zahlen, die in der juristischen Zentrale der KPD. registriert wurden. Sie sind noch unvollständig, da die Riesenprozesse der Hamburger Sondergerichte nicht mit einbezogen sind und viele kleinere Prozesse ohne Rechtsschutz von den Angeklagten geführt wurden. Aber immerhin bringen diese Zahlen die furchtbare Bilanz und ungeheure Brutalität der Weißen Justiz zum Ausdruck.

Man muß sich aber vergegenwärtigen, daß jeder Proletarier, der von den Zarenknechten der Justiz ins Gefängnis geworfen wird, doppelt und dreifach verurteilt wird.

Tausende deutsche Proletarierkinder sind zu Waisen und Halbwaisen geworden. Ihre Väter, ja sogar ihre Mütter sind in den Schützengräben des Bürgerkrieges gefallen, von den Weißen und faszistischen Garden gemordet oder aufs schändlichste zu Tode gefoltert worden! In Tausenden von Familien, deren Ernährer in den Zwingburgen der Klassenjustiz schmachten, hungern und darben Kinder und Frauen.

Angesichts dieser ungeheuren Opfer ist es die vornehmste Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft, nicht zu rasten und zu ruhen, bis der letzte Gefangene den Klauen der Weißen Justiz entrissen ist. Der Kampf um die Amnestie der politischen Gefangenen muß mit verschärfter Kraftanstrengung geführt werden. In Stadt und Land, in Werkstatt und Kontor muß ein unwiderstehlicher Druck erfolgen und ein millionenfacher Ruf erschallen:

Nieder mit der Weißen Justiz! Heraus mit den politischen Gefangenen! Sofortige und restlose Amnestie für alle politischen Freiheitskämpfer!

Der zum Himmel stinkende Skandal deutscher Justizschande wird aber erst dann restlos beseitigt sein, wenn das Proletariat die Kraft und den Willen aufbringt, und das gesamte Faszikengesindel und ihre Helfershelfer, die sozialdemokratische Führerschaft von der politischen Bildfläche zu beseitigen.

Bis dahin erwächst aber der deutschen Arbeiterklasse eine nicht aufschiebbare Ehrenpflicht: **Den Kämpfern im Kerker muß Hilfe gebracht werden, der Hunger ihrer Familien muß gestillt und den Angeklagten muß Rechtsschutz gegeben werden.** Durch die Eisengitter der Zuchthäuser und Gefängnisse ruft es tausendstimmig:

Proletarier! Bringt Rote Hilfe!

Rote Hilfe bringen, das ist die revolutionäre Pflicht der Arbeiterklasse. Solidarität ist das enge Band, welches unzerreißbar die gefangenen Kampfgenossen mit den Proletariermassen in Betrieb und Werkstatt verbindet. Das Ergebnis der Rote-Hilfe-Sammelwoche muß beweisen, daß die Schreckensurteile und das Wüten der Weißen Justiz es nicht vermochten, die Opferbereitschaft und den zähen Kampfesgeist des Proletariats zu brechen. Nein, um so entschlossener muß er zum Ausdruck kommen:

Deutsche Arbeiterschaft! Auf, ans Werk! Sammelt und opfert für die Rote Hilfe! Schart Euch zum Kampf gegen die Weiße Justiz! Erkämpft die Amnestie für Eure proletarischen Klassenkämpfer!

Heraus mit den politischen Gefangenen

Berlin, 24. Juni.

Eine Ortsausschußsitzung des ADGB. Neubrandenburg protestierte einstimmig gegen die Inhafthaltung des Landtagsabgeordneten Genossen Erich Schmidt. Weiter forderte die Sitzung die sofortige Entlassung des Polizeiwachtmeisters Pagels aus dem Dienst, der den Genossen Harry ermordet hat.

In ihrer Werbewoche vom 23.—29. Juni führen die kommun. Kindergruppen eine Sammelaktion für die Rote Hilfe! Versagt Ihnen nicht Eure Unterstützung!

Großzügig

der heutigen Lage folgend, werden die Vorbereitungen für unseren am Dienstag, dem 1. Juli, beginnenden großen

Inventur-Ausverkauf getroffen

Wir bieten: **Riesenhafte Vorteile**

Wir verkaufen: **Rücksichtslos billig**

J. Lewin

Halle a. d. Saale — Marktplatz 2 u. 3

1078

„Vor den Staatsgerichtshof mit unseren Vertrauensmännern!"

Der Ruf oppositioneller SPD.-Blätter

In der „Ostthüringer Tribüne" und „Das Volk", Jena-Weimar, beides stramme Wels-treue SPD.-Blätter, lesen wir einen Leitartikel „Gegen den Belagerungszustand". Darin heißt es:

„Augenblicklich ist wieder einmal die gesamte kommunistische Presse in Mitteldeutschland verboten, werden Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel nicht gestattet und hat sich der Ausnahmezustand von der Straße in die Parlamente fortgepflanzt, wo mißliebige Abgeordnete einfach ausgeschlossen werden, mit Hilfe der Polizei im Handgemenge an die frische Luft fliegen oder durch Parlamentsbeschluß ihrer Immunität verlustig gehen. Das Ganze wird Innenpolitik einer demokratischen Republik genannt.

In jedem anderen Lande wären Minister wie Stresemann, Geßler, Jarres längst vor den Staatsgerichtshof gestellt worden, weil sie die ihnen übertragenen außerordentlichen Vollmachten zu rein parteipolitischen Zwecken einseitig mißbraucht und durch ihre bewußten Unterlassungen den bayrischen Hochverrat geduldet und gefördert haben.

Denn im Grunde genommen sind Ausnahmezustand und Demokratie unvereinbare Widersprüche.

Die Staatsgewalt der demokratischen Republik stellt sich den Massen nackt und brutal dar als das, was jede kapitalistische Demokratie sein wird, als die Anwendung der organischen Gewalt der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Proletariats."

Ja, wird der unbefangene Leser fragen, was ist denn los? Haben denn nicht die Sozialdemokraten im Reichstag den Stresemann, Geßler und Jarres das Vertrauen ausgesprochen? Und hat der hervorragendste Vertreter dieser Politik, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Müller, auf dem sozialdemokratischen Parteitag nicht von 362 gültigen Stimmen 340 bekommen, also auch die Stimmen der „Oppositionellen", während der brave Wels nur 264 Stimmen bekam und der vorsichtige Crispien gar nur mit 214 Stimmen gewählt wurde. Was sagt nun der „Vorwärts" dazu, daß die Thüringer SPD.-Blätter verlangen, daß diejenigen vor den Staatsgerichtshof gezerrt werden, denen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteitag das Vertrauen ausgesprochen haben? Was sagt Müller dazu, daß ein Blatt seine Behauptung zu leugnen wagt, daß Demokratie und Ausnahmezustand sehr wohl vereinbar seien?

Unlösbar scheint das Rätsel, doch leicht ist es zu lösen. Jetzt nach dem elenden Parteitag hat die sozialdemokratische Opposition alle Hände voll zu tun, um die betrogenen Massen, die in Scharen fortlaufen, wieder an die Wels- und Hilferding-Politik zu fesseln. Die „Opposition" versucht es mit Oppositionsartikeln, die sie neben ihren antibolschewistischen Artikeln zur Verherrlichung der westlichen Demokratie bringt. Wie groß die Panik in den Reihen der SPD. geworden ist, können die Arbeiter daran ermessen, wenn jetzt sogar die Vertrauensleute der SPD. vor den Staatsgerichtshof sollen.

Da aber nicht damit zu rechnen ist, daß sich die Arbeiter mit revolutionären Phrasen an die antibolschewistische Linie der bedingungslosen Unterstützung der englischen Reparations- und Kolonialpolitik fesseln lassen, so lohnt es sich jetzt, besonders für die Kommunisten, unter den SPD.-Anhängern mit höchster Intensität aufklärend zu arbeiten, um diese Partei des Bürgertums zu zerstören.

Eine Statistik, die man lesen muß

Die Inflationszeit ist vorüber; wir stehen — unberufen! — in der durch die Rentenmark herbeigeführten „Gesundungskrise". Die Wirtschaft jammert über ihre Klemme: kein Geld in der Kasse, wer gibt Kredit? O, wie wir uns einschränken müssen!

Aber so sehr scheint sich die „Krise" doch noch nicht ausgewirkt zu haben. Nach der in der zweiten Maihälfte erschienenen Kurliste von Bad Mergentheim waren unter 3800 angekommenen Kurgästen: 253 Kaufleute und Großhändler, 35 Fabrikanten, 41 Direktoren und Generaldirektoren, 15 Offiziere und höhere Beamte, acht Gutsbesitzer, vier adlige Herrschaften und 24 Angehörige sonstiger Stände und Berufe (Aerzte, Buchhändler, Künstler, Lehrer, Schriftsteller, Handwerker, Angestellte und mittlere Beamte).

Unterbeamte und Arbeiter sind überhaupt nicht vertreten. Sie haben keine Kur notwendig, für sie ist die Hungerkur ausreichend.

„Alle unsere lieben alten Stammgäste sind wieder da!" tönnte der Kurdirektor frohlocken. Er hat recht. So sieht die soziale Umschichtung in Deutschland aus!

Aus der Partei

Achtung, Schwindler!

Ein Mann namens Walter Langnickel, ein sehr zweifelhafter Bursche, der wahrscheinlich identisch ist mit einem Manne gleichen Namens aus Torgau und der sich jetzt weiter Esser Walter oder Karl Esser aus Hamburg nennt, brandschatzt die ausländischen Sektionen der KJ. Der Mann gibt an, der Reichstagsabgeordnete Karl Esser aus Hamburg zu sein und ist von Wien nach Paris und von dort nach Rotterdam gefahren, um überall die Hilfe der Genossen in ausreichendem Umfange in Anspruch zu nehmen. Es hat sogar den Anschein, als ob es sich hier um einen Spitzel handelt, der unter Berufung auf bekannte deutsche Parteigenossen und Briefe, die er an diese richtet, sich das Vertrauen der Genossen zu erschleichen sucht. Von Rotterdam hat der Mann sogar an das Auswärtige Amt in Berlin geschrieben, um das Reisegeld als Reichstagsabgeordneter zu erhalten. In Briefen an einzelne bekannte Parteigenossen hat er als Zuschriftsadresse angegeben: Rotterdam, Foogarspedo, Rochussenstraat 107 c. Der Mann tritt also mit ziemlicher Frechheit auf.

Wir machen die Sektionen der KJ. auf diesen Mann aufmerksam, weil anzunehmen ist, daß er auch noch anderwärts sein Heil versuchen wird.

Gewerkschaftsbewegung

Gekündigte Lohntarife

(WTB.) **Zittau**, 24. Juni.

Die in der ostsächsischen Textilindustrie geltenden Lohntarifverträge sind von seiten der Arbeitnehmer gekündigt worden. Gleichzeitig haben die Gewerkschaften neue Lohnforderungen eingereicht. Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie Ostsachsens erklärt, daß er diese Forderungen nicht bewilligen könne. Der Verband hat den Gewerkschaften angeboten, die bestehenden Lohntarife bis auf weiteres fortlaufen zu lassen.

Bergarbeiterschiedsspruch in Sachsen verbindlich

Auf Drängen der Unternehmer hat der Reichsarbeitsminister den für die sächsischen Bergarbeiter gefällten Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Der Bergarbeiterverband sowie auch die christlichen Bergarbeiter wollen auch den für verbindlich erklärten Schiedsspruch ablehnen. Durch eine Urabstimmung in den Betrieben sollen jedoch die Arbeiter selbst entscheiden, ob sie zu den im Schiedsspruch festgelegten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen wollen. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß der Schiedsspruch auch in der Urabstimmung abgelehnt wird.

Aussperrung in Niederschlesien

Die Metallhüttenbetriebe in Kotzenau, Heinitz, Primkenau, Fraustadt und Lorenzdorf haben sämtliche Arbeiter ab Montag, den 23. Juni, ausgesperrt. In Frage kommen etwa 6000 Arbeiter.

Kurze gewerkschaftliche Nachrichten

Hilfsarbeiterverband, Sektion der Bau- und Möbeltischler. Donnerstag abend 7½ Uhr Versammlung im „Volkspark". 1. Neuwahl der Sektionsleitung. 2. Resultat der Vertragsverhandlungen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Neues vom Tage

Ueberschwemmungen auch in Bayern

München, 23. Juni. Ein furchtbares Unwetter ging über die Gegend von Schongau und Peißenberg nieder. Wolkenbrüche und Hagelschlag vernichteten die Getreideernte im Ausmaße von 80 bis 100 Prozent. Die Ortschaften standen teilweise ein Meter hoch unter Wasser. Das Elektrizitätswerk Steingaden ist zum Stillstand gebracht worden. Durch die Ueberschwemmung ist der Bädermeister Vollmer ums Leben gekommen. Der angerichtete Schaden ist ungeheuer.

Ein furchtbares Automobilunglück hat sich, wie aus Bielefeld berichtet wird, auf der Herforder Chaussee zugetragen. Dort platzte der Reifen eines von Herford kommenden, mit sechs Personen besetzten Autos. Der Wagen überschlug sich. Direktor Merbe, der Leiter der städtischen Handwerks- und Kunstgewerbeschule, wurde so unglücklich aus dem Wagen geschleudert, daß er das Genick brach und sofort tot war. Seine Frau blieb unverletzt; während ihr Söhnchen einen Schlüsselbeinbruch erlitt. Von den weiteren Insassen des Wagens, Fabrikant Vogt und Frau, blieb der erstere unverletzt, während Frau Vogt innere Verletzungen davontrug. Der Chauffeur erlitt schwere Rippenbrüche.

Ein vielversprechendes Früchtchen. Zu dem Oberstleutnant a. D. Mittig in Dresden kam ein 24jähriges Mädchen als Stütze. Ohne daß die Eltern davon etwas ahnten, entspann sich zwischen dem 13jährigen Sohn des Oberstleutnants, einem Gymnasiasten, und dem Mädchen ein Liebesverhältnis. Anfang dieses Jahres bekam die Stütze ein Kind, als dessen Vater sie den 13jährigen Gymnasiasten bezeichnete. Der Oberstleutnant stellte nun gegen das Mädchen Strafantrag wegen Sittlichkeitsverbrechens (!) und die Angelegenheit kam vor Gericht. Das Mädchen erhielt sechs Monate Gefängnis; der Vorsitzende betonte aber, daß nach der Beweisaufnahme die Hauptschuld an dem Schüler gelegen habe.

Verantwortlich: Louis Drechsler für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroß, Halle, Lerchenfeldstraße 14. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil Bezirk Hessen-Waldeck wie für dessen Anzeigen: August Nadler in Cassel.

Postbezieher!

Gebt die Bestellung auf den „Klassenkampf" sofort auf, dann trifft er ab 1. Juli pünktlich ein.

Der Verlag.

Genossen, Leser! Wir bitten den Juni-Abonnementsbetrag an die Trägerinnen zu entrichten. Helft den Hörsingstreich parieren!

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg Bureau u. Kass: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle.

Frauen-Funktionäre und Vermunbetenkomitee. Mittwoch, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft".
Distrikt 7. Donnerstag, abends 7½ Uhr, „Produktiv": Distriktsversammlung.
Distrikt 6. Freitag, abends 7½ Uhr, „Produktiv": Distriktsversammlung.
Teicha. Mittwoch, 25. Juni, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Da eine sehr wichtige Tagesordnung vorliegt, müssen die Gemeindevertreter von Groitzsch-Löbnitz und Teicha restlos erscheinen.
Donnerstag, 26. Juni, abends 8 Uhr, in „Lätts Hof": Frauenversammlung. Referentin: Genossin Krüger. Alle Genossinnen der Distrikte 8, 9, 9 a und 10 haben bestimmt in dieser Versammlung zu erscheinen.

Achtung! 10 Proz. Rabatt ab 25. Juni bis 5. Juli
10 billige Tage bei 677
G. Uhlemann, Dürrenberg a. d. S.
nur auf **Tabak und Zigarren**

Anton Cichoszewski
Halle a. d. S., Thomasiusstr. 12, Hof III
führt alle Maßarbeiten und Reparaturen in
Schuhwaren
aus und bittet die Genossen um Berücksichtigung bei vorkommenden Fällen.

Zeitungsträgerin
für **Querfurt** zum 1. Juli gesucht. Nur gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich melden beim Genossen Ludwig Zeitzt, Konsum Querfurt.

Sie müssen doch
mit den Massen der Konsumenten in steter Verbindung sein, wenn Sie einen schnellen und hohen Umsatz erzielen wollen. Die große Masse der Käufer rekrutiert sich aus der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten. Die kommunistische Presse ist in diesen Kreisen die Führende. Benutzen Sie diese Gelegenheit zum
Inserieren!

Leistungsfähigste **Bezugsquelle** für 1781
Kinderwagen
Klappwagen
Stubenwagen
Kinderstühle
Kinderbetten
Schutzgitter
Wegen Platzmangels infolge Zwangsräumung noch besonders billig
— Zahlungserleichterung —
Bruno Paris
jetzt Brüderstr. 3
— 1 Minute vom Markt —

ZOO
Donnerstag, 26. Juni 1924:
2 Konzerte
4—½7 U. nachm. Mittelland-Orchester Leitung: Benno Plätz *434
8—½11 U. abends Beamten-Orchester Militärmusik. Leitung: Otto Haupt

Walhalla-Operetten-Theater
Nur noch bis einschl. Freitag, abends 8 Uhr:
Das Radio-Mädel
Operette in 3 Akten von H. Zerlett 1979
In Vorbereitung:
Die neue Leon-Jessel-Operette:
Meine Tochter Otto
Tageskasse 11—1 Uhr und ab 6½ Uhr abends

Zeitungsträger
für **Zeckeritz** zu sofort gesucht. Zu melden bei **Kurt Mauk,** Gartenstraße 13.

Stadt-Theater
Donnerstag 7½ Uhr
Sinfonie-Konzert
Freitag 6 Uhr:
1750 **Parsifal**

Kramers Konzerthaus
Delitzscher Str. 2
Am Riebeckplatz
Täglich abds 7 Uhr
Die lustigen Tegernseer.
Oberbayrische Stimmungskapelle und Schuhplattlergesellschaft.
Eintritt frei! 1938

593 Morgen,
Donnerstag:
Frische Wurst
Adolf Schumann, Zeitz, Kramerstraße 12.

Alle Bücher
können durch unsere **Buchhandlungen** bezogen werden.

Vergleichen Sie meine Preise mit denen der Konkurrenz!

Großer Gelegenheitskauf in Aluminium-Geschirr
Der **billige Verkauf** dauert nur **3 Tage!**
Beachten Sie meine Schaufenster **Große Ulrichstr. 9** und **Steinweg 45** wo **jedes Stück** mit **Preis** versehen ist — Mengenabgabe vorbehalten 1977

Donnerstag Freitag Sonnabend

Achten Sie genau auf Straße und Hausnummer!

Schmortöpfe von 45 ₰ an
Fleischtöpfe von 95 ₰ an
Teekannen von 45 ₰ an
Kasserolle mit Stiel von 85 ₰ an
Eiertiegel mit Stiel von 35 ₰ an
Essenträger 95 ₰
Sand-, Seife-, Soda-Garnit. 2.95
Schaffnerkrüge 1.95
Kinderbecher 20 ₰
1 Satz Kasserolle mit Stiel 4.95
Salzstreuer Stehauf .. 35 ₰
Milchkanne groß 2.95
Schöpflöffel 35 ₰
Tee-Eier 22 ₰
Fleischtöpfe extra groß 2.75
Teesieb 10 ₰
Schmortopf mit Deckel, extra groß 2.50
1 Satz Ziertöpfe 6 Stück ein Satz 2.75
Muschelkonsole, mit Maß 1.35
1 Satz Schmortöpfe, mit Deckel, 5 Stck. 6.50
Wasserkessel von 1.45 an
Eßlöffel ..... Stück 10 ₰
Teelöffel ..... Stück 8 ₰
Gr. Ulrichstr. 9 **Sobel** Steinweg 45

Vergleichen Sie meine Preise mit denen der Konkurrenz!

Verb. d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Freitag, den 27. Juni 1924, abends 7½ Uhr, im „Volkspark":
Mitgliederversammlung
Tagesordnung:
1. Das Wohnungsproblem, Referent: Ing. Wagner, Berlin
2. Der Reichsmantteltarif für die Gemeindearbeiter — Die tariflose Zeit. Referent: Kollege Zilicht
3. Das mitteldeutsche Treffen am 5./6. Juli 1924, Ref.: Kollege Oelschläger

Es ist unbedingte Pflicht aller Mitglieder, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste können eingeführt werden. Mitgliedsbuch dient als Ausweis
1976 Die Ortsverwaltung

Achten Sie genau auf Straße und Hausnummer!

Konsum-Verein Hohenmölsen-Teuchern
Sonntag, den 29. Juni cr., nachmittags 3 Uhr
im Geißlerschen Gasthof zu Naundorf:
Mitgliederbesprechung
Die Mitglieder der **Verkaufsstelle in Naundorf** werden zu dieser Besprechung eingeladen. Zahlreiches Erscheinen ist dringend erforderlich.
676 Der Vorstand.

Bis Montag, 30. Juni müssen alle Mitglieder der Produktiv-Genossenschaft ihre Anteilaufwertung vorgenommen haben. Wer den Termin verabsäumt, scheidet laut Statut aus der Genossenschaft. Genossen, erfüllt Eure Pflicht sofort! Unser Bureau ist täglich außer Sonnabend u. Sonntag von ½8—5 Uhr geöffnet (Zimmer 28)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240625-10/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Busse auf dem Kriegspfade

Der Kampf gegen die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird verschärft weitergeführt. Am 20. Juni eröffnete der deutschnationale Stadtverordnetenvorsteher Busse die Versammlung und verlangte von den Kommunisten Zurücknahme einer programmatischen Erklärung und berief sich dabei auf § 13 der Geschäftsordnung und § 48 der Städteordnung, scheinbar ohne diese §§ zu kennen. Als diese Erklärung nicht zurückgenommen wurde, schloß er kurzerhand die Versammlung.

An demselben Tage, 20. Juni, ladet er die Stadtverordneten bereits zu einer Sitzung zum 23. Juni 1924 ein mit einer neuen Tagesordnung, ohne daß die Tagesordnung vom 20. Juni überhaupt erledigt wurde. Also ein glatter Bruch der Geschäftsordnung.

Am 21. Juni ist ihm wahrscheinlich bedeutet worden, daß dies nicht geht; er erläßt eine Bekanntmachung, daß diese Sitzung nicht stattfindet. Für ihn handelt es sich vor allen Dingen darum, die Kommunisten aus dem Stadtparlament zu entfernen, und dazu ist ihm jedes Mittel recht.

Um die noch nicht ausgeschlossenen Kommunisten von der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni fernzuhalten, hat er jetzt diesen Stadtverordneten folgenden eingeschriebenen Brief gesandt:

Die Stadtverordneten der KPD. haben in der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Juni 1924 zu Händen des Vorstandes eine Erklärung überreicht, welche u. a. folgendes wörtlich enthält:

„Die kommunistische Fraktion erklärt ausdrücklich, daß sie sich an keine anderen Gesetze und Vorschriften gebunden erachtet als an die ihrer Auftraggeber, die Kommunistische Partei, und die in ihr vereinigten sowie als Wähler hinter ihr stehenden Arbeitermassen;“ und weiter: „Kleinliches Feilschen und Augenblickserfolge werden wir verschmähen. Das geheime Schieberunwesen in Kommissions-, Deputations- und Magistratskonventikeln werden wir vor die Kritik der Oeffentlichkeit bringen.“

Diese Erklärung bringt deutlich zum Ausdruck, daß die Stadtverordneten der kommunistischen Fraktion nicht gewillt sind, die für jeden Stadtverordneten geltende Städteordnung und Geschäftsordnung anzuerkennen und sich ihr zu unterwerfen.

Als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung bin ich nach § 13 der Geschäftsordnung und nach § 48 der Städteordnung verpflichtet, die Stadtverordneten der KPD. aufzufordern, die von ihnen abgegebene Erklärung zu widerrufen und diejenigen, welche den Widerruf nicht erklären, bis zum Widerruf des Widerspruchs von den Sitzungen der Versammlung auszuschließen.

Ich fordere Sie hiermit auf, die Erklärung vom 2. Juni 1924 bis zum 26. Juni 1924 schriftlich zu widerrufen.

Der Stadtverordnetenvorsteher: Busse.

Auch hier maßt sich der deutschnationale Vorsteher Rechte an, die ihm nicht zustehen. § 13 der Geschäftsordnung lautet:

„Handelt ein Stadtverordneter den zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegebenen Vorschriften dieser Geschäftsordnung zuwider, so kann er unbeschadet der Bestimmungen der §§ 16 und 22 dieser Ordnung auch mit den nach § 48 der Städteordnung zulässigen Strafen belegt werden.

Erklärt ein Stadtverordneter, sich der Geschäftsordnung oder einer einzelnen Bestimmung derselben nicht unterwerfen zu wollen, oder sie als verbindlich nicht anzuerkennen, und verbleibt er auf wiederholtes Befragen des Vorsitzers bei dieser Erklärung, so ist er vorbehaltlich der Strafbestimmungen des § 48 der Städteordnung, mindestens bis zum Widerruf seines Widerspruches von den Sitzungen der Versammlung auszuschließen.“

Selbst diese Geschäftsordnung vom 14. September 1888 verlangt, daß der Stadtverordnete positiv handeln oder erklären muß, sich der Geschäftsordnung nicht zu fügen und kann erst dann, wenn er wiederholt, also mindestens dreimal, aufgefordert wurde, seinen Widerspruch zu widerrufen, von den Sitzungen ausgeschlossen werden.

Weder die elf bereits ausgeschlossenen noch die fünf übrig gebliebenen Stadtverordneten haben gegen die Geschäftsordnung verstoßen, noch haben sie erklärt, sich der Geschäftsordnung nicht zu fügen, der Ausschluß ist auch hier ein glatter Rechtsbruch, und der Ausschluß rechtlich nicht haltbar. Wir fordern deshalb die kommunistischen Stadtverordneten auf, in der nächsten Stadtverordnetensitzung am 26. Juni ihre Pflicht als Stadtverordnete zu erfüllen, wie sie dies durch Handschlag bei ihrer Einführung versprochen haben.

Krise, Hunger und Abbau auch bei den Angestellten

Hallischer Ortstarif. Die Forderungen der Angestellten auf eine Erhöhung der Maigehälter erfuhren von seiten der Arbeitgeber eine Ablehnung.

Der kaufmännische Stellenmarkt hat sich unter der großen Kapital- und Geldknappheit und der ungeklärten innen- und außenpolitischen Lage, nach einem Berichte der Stellenvermittlung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Halle, Große Ulrichstraße 54 III, in allen Teilen des Reiches gegenüber dem Vormonat verschlechtert. Bei den Banken und der Großindustrie sind weitere Kündigungen vorgenommen worden. Auch die städtischen Behörden bauen noch weiter ab. Die Sturmzeichen mehren sich auch für den Teil des Proletariats, der bisher glaubte, zum Bürgertum stehen zu müssen, auf daß es ihm gut gehe. Die Angestellten haben wie die Arbeiter unter der Inflation das Unerhörteste gelitten. Sie leiden unter der „Stabilität“ der Rentenmark genau so. Gehen doch die Preise für die notwendigsten Erzeugnisse scharf in die Höhe, obgleich der Großhandelsindex fällt.

Das Kapital geht gegen die schlecht organisierten Angestellten mit besonderer Bravour zur Offensive über. Es beginnt in den Kreisen dieser Leute allmählich zu dämmern, und die Bourgeoisie läuft Gefahr, einen wichtigen Stützpunkt mit ihnen zu verlieren. Da entschließt sich ausgerechnet die Deutsche Volkspartei, die „durch Opfer und Arbeit“ als ihren Wahlspruch ansieht, zu einem Notschrei an die Regierung.

„Die Opfer während der Inflationszeit sind in der Hauptsache getragen worden von den Rentnern, Spargläubigern, weiten Kreisen des Beamtentums und dem erwerbstätigen Mittelstand, also von den Schichten der Bevölkerung, die schon immer das Rückgrat eines geordneten Staatswesens waren. Die zur Stabilisierung der Währung notwendigen harten Maßnahmen fanden gerade in diesen Schichten volles Verständnis, in der Hoffnung, daß durch die Stabilisierung der Mark die Sicherung der Lebensbedingungen des einzelnen, sowie ein allgemeiner Preisabbau erreicht würde.

Der Mittelstand, insbesondere der erwerbstätige, ist nach der Entwicklung der Verhältnisse der letzten Zeit nunmehr aber der Ueberzeugung, daß die Fortführung der jetzigen Finanz-, Steuer-, Gehalts-, Lohn- und Tarifpolitik das erstrebte Ziel nicht erreicht, vielmehr dazu führt, den Hauptträger der bisher gebrachten Opfer, den gesamten Mittelstand, vollständig zu vernichten.

In letzter Stunde fordern wir die Reichsregierung auf, unverzüglich alle Maßnahmen zu treffen, um die entsetzliche Notlage des Mittelstandes zu lindern, dessen Untergang das Ende eines geordneten und gesunden Staatswesens bedeuten würde.“

Noch nie hat eine Partei — mit Ausnahme der Sozialdemokratie — heuchlerischer ihre wahren Ziele verschleiert. Noch nie ist mit solchem Zynismus ein Betrug verübt und der Hunger der Massen in ideologischem Profit zur Stärkung des Kapitalismus umgemünzt worden. Die Deutsche Volkspartei, die alles daransetzt, die Massen immer tiefer in das Joch des Kapitalismus einzuspannen, ist es ja gerade, die **am eifrigsten** die Verständigung mit der direkten Reaktion im Inland und mit dem Kapital im Ausland sucht. Die Angestellten, Beamten, sowie der gesamte Mittelstand müssen sich darüber im klaren sein, daß noch so dringende Bitten an die Regierung nichts fruchten, sondern **daß ihnen nur geholfen werden kann durch die Befreiung der gesamten ausgebeuteten Klasse, durch die Diktatur des Proletariats.**

Gedenkfeier des schwar-rot-goldenen Stahlhelms

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold feierte einen Gedenktag. In der Saalschloßbrauerei, wo sonst die Duesterberg-Jünglinge sich an schwarzweißroter Dekoration und an Militärmärschen berauschten, wurden gestern die Friedensschalmeien geblasen. Der ehemalige Polizeioberst von Sachsen, Schützinger, hielt eine Rede mit dem Motto: Republik, wehr dich! Er sprach viel von Treue zu diesem Staat, vom 11. Mai in Halle, wo die Reaktion siegreich gewesen sei. Aber sollte Herr Schützinger nicht gewußt haben, daß die Reaktion nicht nur schweigende Duldung, sondern eifrige Förderung von den republiktreuen Sozialdemokraten auf hohen und höchsten Posten erhält? Wenn Schützinger betrübt ist darüber, daß die Reaktion in Deutschland marschiert, **trotz der Fackelzüge, die man Herrn Ebert gebracht habe,** so können wir den reinen Tor, der Politik von dieser Seite aus betrachtet, nur mitleidig belächeln. Auf seine kraftvollen Worte aber, daß der Bürgerkrieg das schrecklichste sei, soll ihm gesagt werden, daß der Bürgerkrieg das notwendigste ist.

Es gibt keine Volksgemeinschaft, die diesen Staat zu schützen hat; es gibt nur die Klasse der Ausgebeuteten, die sich gegen ihre Blutsauger zu wehren hat. Das wahre Gesicht der Demokratie enthüllt sich auch für die kleinbürgerlichen Pazifisten immer deutlicher. Die SPD.-Arbeiter von Halle, die auf den demokratischen Schwindel hineinfallen, sollten aus der Art, wie Arbeitervertreter im Stadtverordnetenhause behandelt werden, lernen, daß auch die Demokraten nichts anderes sind, als die Parteigenossen des Herrn Busse und als die Anhänger des Kriegshetzers Duesterberg.

Erregung unter den Metallarbeitern

In den nächsten Tagen sollen Verhandlungen über die Aufhebung des Berliner Abkommens, d. h. die Wiedereinführung des Achtstundentages in der Mitteldeutschen Metallindustrie, stattfinden. Als Leiter der Verhandlungen ist der Oberregierungsrat Höpkens vorgesehen, der nie in dem Verdacht gestanden hat, Entscheidungen zu fällen, die für die Arbeiter annehmbar sind. Aus diesem Grunde ist er auch vor kurzem als Vorsitzender bei den Lohnverhandlungen in der Chemie von den Arbeitervertretern abgelehnt worden. Natürlich wurde Höpkens von den Unternehmern als Vorsitzender begrüßt. Die Metallarbeiter von Magdeburg, Anhalt und Halle haben neue Lohnforderungen eingereicht, worüber am 1. Juli vor dem Schlichtungsausschuß Halle verhandelt werden wird. Der Schiedsspruch vom 13. Juni hat unter den Metallarbeitern große Empörung ausgelöst. Die Löhne sind nicht erhöht, und auch die Spanne ist nicht verringert worden. Der Verdienst der ungelernten Metallarbeiter ist erbärmlich niedrig. Die Unternehmer werden wieder ihre bekannten Gegenforderungen aufstellen: **Abbau der Löhne, Einführung von Ortsklassen und Beibehaltung der Spanne.** Die Metallarbeiter müssen sich also darauf gefaßt machen, daß sie selbst die endgültige Entscheidung über die Lohnhöhe wie auch über die Wiedereinführung des Achtstundentages treffen. Die Starrköpfigkeit der Metallindustriellen kann nur mit den schärfsten Gegenmaßnahmen gebrochen werden. Wir müssen darum unsere Organisation in den Betrieben schleunigst weiter ausbauen. **Am Montag, dem 30. Juni, wird eine Buchkontrolle, verbunden mit einer Agitation, stattfinden, an der sich die Kollegen restlos beteiligen.**

Achtung, Funktionäre!

Die verantwortlichen Funktionäre werden dringend ersucht, die Abrechnung der Mai-Marken, Mai-Karten, der Arbeitertags-Abzeichen, der Bildnisse von der Bestattungsfeier, der Fichte-Veranstaltung sofort im Orts-Sekretariat vorzunehmen. Desgleichen müssen umgehend alle Listen für die Opfer des 11. Mai, ob gezeichnet oder nicht, abgegeben werden.

Die Säumigkeit auf diesem Gebiete muß aufhören. Wir erwarten schnellste Erledigung. Ortsverein der KPD., Halle.

Achtung, Erwerbslose und Notstandsarbeiter!

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hatte in einer der letzten Stadtparlamentssitzungen die Forderungen der Erwerbslosen als Dringlichkeitsantrag eingebracht. Durch die provokatorischen Handlungen der bürgerlichen Abgeordneten kam es in späteren Sitzungen zu Tumultszenen, welche den reaktionären Vorsteher Busse veranlaßten, die kommunistischen Abgeordneten bis auf weiteres auszuschließen. Dadurch ist den Erwerbslosen die letzte Stütze innerhalb des Stadtparlaments genommen worden. Denn die Erfahrungen der letzten Zeit haben uns gelehrt, daß die bürgerlichen und sozialistischen „Stadtväter“ keinerlei Verständnis für die Not und das Elend der Erwerbslosen haben. Die Erwerbslosen haben nun zu entscheiden: entweder sie lassen sich diese gemeine Vergewaltigung gefallen oder sie geben den reaktionären Koalitionsjongleuren die Antwort, die ihnen gebührt. Aus diesem Grunde findet Mittwoch, den 25. Juni, nachmittags 5 Uhr, eine öffentliche Versammlung der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter statt. Referent ist Stadtverordneter Otto Härtel. Erwerbslose und Notstandsarbeiter, erscheint zahlreich zum Protest gegen diese Vergewaltigung. Das vollzählige Erscheinen aller Distriktsvertrauensleute ist unbedingt notwendig.

* **Wieder ein Opfer des Kapitalismus.** Heute vormittag 7½ Uhr verunglückte in der Maschinenfabrik Alwin Taatz A.-G. der Arbeiter Wilhelm Giesel beim Auflegen eines Treibriemens während des Betriebes. Er zog sich einen Bruch des linken Unterarmes zu. In der Firma existiert kein Betriebsrat.

* **Volksbühne.** Die für die Theatergemeinde F eingelösten Karten zu Kolportage haben nur für Sonnabend, den 28. Juni (nicht 30.), Gültigkeit. Für Mitglieder, die Kolportage noch nicht gesehen haben, sind noch einige Karten in der Geschäftsstelle zu haben.

* **Heeresrentenzahlung durch die Post.** Die Zahlung der Heeresrenten für Monat Juli findet beim Postamt 2, Thielenstraße 2a, wie folgt statt: am 28 Juni für die R.-Rentenempfänger, am 30. Juni für die H.-Rentenempfänger, am 3. Juli für die Nachzügler. Am 1. und 2. Juli werden Heeresrenten nicht gezahlt. Zahlzeit: 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

* **Erwerbslose Metallarbeiter!** Morgen, Donnerstag, 10½ Uhr, treffen sich die erwerbslosen Metallarbeiter im Mittelzimmer des „Volkspark“. Vertreter der Organisation ist anwesend.

* **Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Freitag, den 27. Juni, Mitgliederversammlung.

Passendorf. Der Reichs-Arbeitersporttag hatte auch die hiesigen Arbeitersportler auf den Plan gerufen. Ein Sternlauf der Turner, zu welchem 63 aktive Mitglieder antraten, leitete den Tag ein. Dem schloß sich ein Platzkonzert der Arbeiter-Liedertafel an, nach welchem Genosse Bonitzky vom TV. „Naturfreunde“ klar und unzweideutig die Bedeutung des Reichs-Arbeitersporttages schilderte und auf den Gegensatz zwischen bürgerlicher und Arbeitersportbewegung hinwies. Der Nachmittag begann mit einem Umzug von 150 Arbeitersportlern, für Passendorf eine stattliche Zahl. Dann folgten auf dem Spielplatz sportliche Vorführungen der Turner und Radler in bunter Reihe mit guten Leistungen. Ein Handballspiel zwischen Fichte (Halle) und dem Arbeiterturnverein Passendorf zeigte ein glänzendes Zusammenspiel der Fichte-Mannschaft, durch das sie den Passendorfern mit 2:1 den Sieg abzwangen. Eine große Zahl Zuschauer war trotz der Kühle anwesend. Hier muß das Verhalten einiger Spießbürger gegeißelt werden, die sich wohl die Spiele ansehen, aber nicht den Festbeitrag zahlen wollten. Ein Kränzchen beschloß den Tag, an dem, wie immer, auch für die „Rote Hilfe“ ein Betrag von 9,80 Mark gesammelt wurde. Die Arbeitersportbewegung hat hier in letzter Zeit einen kräftigen Aufschwung genommen, der durch diesen wohlgelungenen Tag sich noch steigern wird.

Zscherben. Der Reichs-Arbeitersporttag gestaltete sich hier zu einem ganz erfreulichen Wahrzeichen für die Arbeiterschaft. Die Arbeitersportbewegung ist am letzten Sonntag durch das Gründungsfest des Arbeiter-Athletenklub „Eiche“, Zscherben, wieder zu neuem Leben erweckt worden. Unter starker Beteiligung der Zscherbener Arbeiterschaft und der Athletenvereine Sportklub

Herrscher unter sich

Es ist nicht unwichtig, was im trauten Heim der Beherrscher Europas vor sich geht. Es ist nicht unwesentlich, welche Symbole sich die Volksvertreter von Gottes Gnaden wählen, die jetzt Mittel- und Westeuropa beherrschen. Ob einer jeden Morgen einen Spazierritt unternimmt, der früher Sättel angefertigt hat, ist eine Frage, die die Steuerzahler, das heißt das Proletariat, sehr angeht. Deshalb sollen hier ein paar „Hof“-Nachrichten zusammengestellt werden, die von bürgerlichen Schmoks als Monarchenersatz-Berichterstattung gedeten werden. Vom Exkaiser wurde berichtet, daß er Vaterfreuden entgegensieht. Heil! Aber nicht weniger freudig wird vermerkt, daß Ebert nun Großvater geworden ist. Der Sonntagsbeilage des „Vorwärts“ entnehmen wir folgende Geburts-Anzeige, mit der des Reichspräsidenten Ebert Enkel in das „politische Leben“ eintritt:

> **Statt Karten!**
> Wir zeigen hiermit die glückliche Geburt unseres Sohnes
> *Hagen Ramsay* an
> Dr. Wilhelm Jaenecke
> Matiy Jaenecke, geb. Ebert
> Berlin-Charlottenburg, im Juni 1924.

Hoffentlich bemüht er sich, seinen großen Namensvettern, dem völkischen Hagen und dem Sozialisten Ramsay gerecht zu werden, die als Paten an seiner Wiege stehen. Sein beneidenswert umfangreicher Name umfaßt den Block von Wulle bis Wels. Uebrigens soll Hagen in einem Film der Ufa eine ganz gemeine Rolle spielen.

Soviel vom Enkel. Der glückliche Großvater ließ sich — für seine Ahnengalerie vielleicht, als Fritz I. — von Louis Corinth porträtieren. Noblesse oblige. Der „Vorwärts“ bricht darob in begeisterte Huldigungen aus und erklärt den staunenden Arbeitern, die den Sinn des Bildes vielleicht nicht verstehen, was das zu bedeuten habe:

„Das lebensgroße Oelbild stellt Ebert in Vorderansicht dar. Er scheint auf den Beschauer zuzuschreiten, im Gehen innezuhalten und gespannt auf etwas zu lauschen. Die Hände stecken in den Taschen des kurzen Rockes, die Figur ruht auf dem rechten Standbein, das linke Spielbein ist ein wenig vorgeschoben, der Oberkörper kaum merklich nach rechts geneigt. Die schlicht jede Pose vermeidende äußere Erscheinung Eberts ist in dieser charakteristischen Haltung sehr fein und treu wiedergegeben. In den Gesichtszügen hat Corinth versucht, die seelische Struktur des Reichspräsidenten zu zeichnen. Der Blick der Augen und die meisterhaft gemalte Stirn spiegeln scharfe Intelligenz, rasche Auffassungsgabe und kühl wägende Ueberlegung. Aus den unteren Partien, namentlich dem Munde und dem Kinn, spricht energische Willens- und Tatkraft. Und wie der Kopf farbig zu dem Hintergrunde steht, wie das diskrete Grün des Fenstervorhanges mit dem leichten Rot der Krawatte harmonisch zusammenklingt, wie das von links kommende matt fließende Licht alle Formen sanft überrieselt und doch jede Eigenheit plastisch hervortreten läßt — das alles ist von vollendeter Schönheit ...“

„Kaum merklich nach rechts geneigt.“ Es scheint, als ob die Rechtsneigung nur allzu merklich ist. Die seelische Struktur in den Gesichtszügen spiegelt wahrscheinlich des Reichspräsidenten gutes Gewissen über die zahlreichen Arbeitermorde wider. Rot an ihm ist nur die Krawatte, und auch die ist nur leicht gerötet, weil das von links fließende Licht alle Formen sanft überrieselt. Möglich, daß Freund Scheidemann auf der linken Seite einen rotleuchtenden Scheinwerfer hat aufstellen lassen.

Aber was Ebert recht ist, kann Herriot und Macdonald nur billig sein. Das „Berliner Tageblatt“ gibt ein Stimmungsbild von Chequers und sagt zum Schluß:

„Die beiden Minister in ihrer modernen Zwanglosigkeit paßten nicht recht zu dem würdevollen Hintergrund der Halle. Herriot trug einen hellgrauen Reiseanzug, Macdonald ein grünliches Golfkostüm.“

Nur Geduld, beim nächsten Krieg werden auch diese beiden in Ritterrüstungen klettern, und beim nächsten Generalstreik in ihren Ländern werden sie, hinter neuzeitlichen Nebelwolken verschanzt, die neu erfundenen Todesstrahlen auf ihre eigenen Wähler dirigieren. Off.

Ein Sowjet in der Tundra

Unter dem Einfluß der Moskauer Sowjetregierung wird, dem Ost-Expreß zufolge, auch bei den Tschamanen in den Tundren des hohen Nordens das Sowjetsystem eingeführt, natürlich in sehr vereinfachten, dem Naturvolk begreiflichen Formen. Sehr anschaulich schildert der Journalist Serow die erste Tagung eines Sowjets in der Tasom-Tundra. Vor der Eröffnung befragte der Zauberer des Stammes die Geister über ihre Meinung hinsichtlich der Verfassungsänderung, welche der Alleinherrschaft der Häuptlinge ein Ende machen soll. Die Geister gaben ihre Zustimmung. Dann traten die wenigen Mitglieder des Stammes, die auf Reisen in nordrussische Städte gekommen waren, als Redner auf und erklärten, „die Sowjets seien gut“. Die Folge dieser mit Nachdruck wiederholten Erklärung war die Wahl des ersten Sowjets, wobei einige Kandidaten, die im dringenden Verdacht des Renntierdiebstahls standen, von der Versammlung entrüstet abgelehnt wurden. Die ganze weitere Verhandlung stand im Zeichen des Renntiers. Die reichen Häuptlinge erlebten die peinliche Ueberraschung, daß sie laut Sowjetbeschluß einen Teil ihrer Renntiere „an die Armut“ abtreten mußten. Nachdem dann noch der Häuptling Podra wegen Beleidigung einer Frau Tantscharia zur Strafzahlung von zwei Polarfüchsen verurteilt worden war, ging der Sowjet auseinander, der sich, wie der Berichterstatter behauptet, sogleich die allgemeine Achtung und Sympathie erworben hc.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240625-10/fragment/page=0005

„Adler, Halle, Kraft- und Artistenklub „Atlas", Halle, Athletenklub „Wansleben" und mehrerer Mitglieder verschiedener Vereine wurde zum Umzug angetreten, der mit einer gutgelungenen Demonstration endete. Auf dem Sportplatz begrüßte zunächst Genosse Zany die Erschienenen und erteilte dem Sportgenossen Lieb aus Halle das Wort zur Festrede. Er wies auf die Ziele der Arbeitersportbewegung und der Bedeutung des allgemeinen Arbeitersportfestes hin. Anäherung an die „Rote Sportinternationale" tut not. Es folgte anschließend Schauringen, dabei zeigte sich, daß unter den Zschorbener Sportfreunden auch gute Kräfte vorhanden sind. Die weiteren Veranstaltungen, verbunden mit Preisschießen, nahmen einen glatten Verlauf. Am Sonntag vorher sind nun die teutschen Turner einen weiteren Schritt nach rechts mit flatternden Fahnen bei den faszistischen Stahlhelmern und Wehrwölfen durch gemeinsamen Aufmarsch gelandet. Der Herr Gendarm soll dabei seine Not gehabt haben, die Namen der Fahnenträger und Veranstalter festzustellen, weil das Aufrollen der Fahnen während des Umzuges verboten war.

Aus der Provinz

Bezirks-Frauenkonferenz für Halle-Merseburg

In der am Sonntag, dem 22. Juni, stattgefundenen Frauen-Bezirkskonferenz wurde zu Punkt 1 der Tagesordnung der Bericht über die Frauenarbeit im Bezirk von der Genossin Schwarzkopf gegeben. Sie berichtete kurz über die Arbeit, die im Bezirk geleistet worden war. Am Cuno-Generalstreik haben die Frauen besonders aktiv teilgenommen. Darauf wurde von der Genossin Schumann über die ganze Arbeit ein weiterer Bericht gegeben. Durch die Inflation wurden im Bezirk und an den größeren Orten Kontrollausschüsse ins Leben gerufen. In diesen waren die Frauen mit gutem Erfolge tätig. Die Ortsgruppen- und Kreisleiterinnen haben nicht ganz verstanden, ihre Aufgaben immer zur Durchführung zu bringen. Es sind auch keine Berichte darüber an die Bezirksleitung geschickt worden. Andererseits haben einzelne Ortsgruppen sehr gut gearbeitet, so Zeitz. In Halle waren alle Genossinnen im IAH.-Apparat tätig. Es wurden hier zwei Hausfrauenzeitungen herausgegeben.

Es folgen nun die Berichte der einzelnen Delegierten aus den verschiedenen Kreisen des Bezirks. In dem einen Ort war es mehr, im anderen weniger möglich, im Herbst und Winter positive Arbeit zu leisten. Fast übereinstimmend wird aber festgestellt, daß die Frauen sich im August vorigen Jahres zur Zeit der Lebensmittelunruhen und des Cuno-Generalstreikes hervorragend an der revolutionären Arbeit beteiligt haben. Die Vertreterin von Sangerhausen gibt ein Bild der Lage in ihrem Ort und fügt hinzu, daß die Arbeit der Frauen unter der reformistischen Einstellung eines Teiles der Genossen gelitten habe. Es wird überhaupt in den Berichten auf die Auswirkungen der parteitaktischen Diskussionen des öfteren hingewiesen und gleichzeitig erwartet, daß diese Dinge nun ein Ende nehmen sollen.

Ein niederträchtiger Anschlag gegen die Landarbeiter und Werksarbeiter

Eine wichtige Rolle bei Landarbeiterstreiks spielt die Wohnungsfrage. Bekanntlich wohnen die Landarbeiter fast restlos in den sogenannten Gutswohnungen auf den großen Gütern. Dadurch befinden sich die Landproleten in einer abhängigen Lage. Sie stehen unter dauernder Beobachtung des „Gutsherrn" bzw. seiner Inspektoren und sonstigen Antreiber. Aber trotz dieser Abhängigkeit sind die Arbeiter infolge der unerträglichen Ausbeutung durch die Junker zum Streiken gezwungen. In diesem Falle ist es stets das erste Bestreben der Agrarier, wie auch der Industriewerksdirektoren, deren Arbeiter in Werkswohnungen hausen, die streikenden Arbeiter mit ihren Familien sofort aus der Wohnung zu werfen. Dem stehen aber die gesetzlichen Wohnungsbestimmungen entgegen. Jetzt ist die preußische Regierung den Agrariern und Schlotbaronen zu Hilfe geeilt, wie aus folgender offiziösen Meldung hervorgeht:

„Zwangsvollstreckungen gegen Werkswohnungen.

Zur Vermeidung von Betriebsstörungen, namentlich bei landwirtschaftlichen Betrieben, ist es erforderlich, daß die mit dem Betrieb verbundenen Werkswohnungen den Betriebsangestellten tunlichst in vollem Umfange zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde weist der preußische Justizminister, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, in einer allgemeinen Verfügung darauf hin, daß die auf Herausgabe von Werkswohnungen lautenden Urteile wegen der Eilbedürftigkeit dieser Sachen mit größtmöglicher Beschleunigung auszufertigen und zu vollstrecken sind. Ist die Zwangsvollstreckung nach dem Urteil nicht von der Sicherung eines Ersatzraumes abhängig, so haben die Gerichtsvollzieher nach Erstattung der ihnen obliegenden Anzeige die Räumung unverzüglich durchzuführen."

Die hier zum Ausdruck kommende Brutalität ist nicht zu übertreffen. Will sich der Proletarier nicht willenlos bis aufs Blut ausbeuten und knechten lassen und wehrt er sich in irgendeiner Form oder gar durch den Streik gegen seinen Peiniger, wird er „unabhängig von der Sicherung eines Ersatzraumes", d. h. ganz gleichgültig, ob er eine andere Wohnung hat, mit seiner Familie, durch beschleunigtes Verfahren auf die Straße gesetzt. Wer die deutschen Gerichte kennt, weiß, daß sie in solchen Fällen fabelhaft schnell arbeiten, zumal, wenn sie jetzt noch ausdrücklich vom Ministerium dazu aufgefordert werden. Auf die Straße mit dem Pack, mag es im Regen und Kälte verrecken, wenn es wagt zu streiken, das ist die Moral der „christlichen" Kapitalisten, Großagrarier und einer Regierung, in der Sozialdemokraten ausschlaggebend sind. Selbst einen rüdigen Hund behandelt man nicht so, wie diese Sippschaft gegen die Arbeiter vorgeht.

Ergebnislose Verhandlungen für Landarbeiter in Sachsen-Anhalt

Am 23. Juni fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt über den Antrag der Arbeitnehmer, den Schiedsspruch vom 26. Mai für die Landarbeiter der Provinz Sachsen und Anhalt verbindlich zu erklären. Die Arbeitgebervertreter hoben wieder hervor, daß es ihnen unmöglich sei, den Schiedsspruch anzuerkennen. Nach stundenlangen Verhandlungen erklärte der Vorsitzende, er werde dem Reichsarbeitsminister den Verhandlungsgang vortragen. Die Entscheidung wird dann in den nächsten Tagen vom Reichsarbeitsminister erfolgen und den Parteien zugestellt.

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Die Tscheka in Tätigkeit. Unter dieser Spitzmarke bringt das hallische „Volksblättchen" eine Notiz, nach der eine Funktionärsitzung der KPD. sich mit den örtlichen Führern der SPD. und insbesondere dem „Arrevolutionär" Menscheck beschäftigt haben soll. Es soll davon gesprochen worden sein, letzterem gelegentlich einen „Denkzettel" zu verabreichen. Seit dieser Zeit lebt Menschek in ständiger Angst vor der „Tscheka"; mit bleichem Gesicht und schlotternden Knieen steht man ihn mitunter herumwatschen. Zu Hause hat er bereits Sicherheitsschlösser anbringen lassen und andere Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Der arme Kerl! Wir wollen ihm zu seiner Beruhigung verraten, daß die Notiz des „Volksblattes" von Anfang bis zum Ende erstunken und erlogen ist; der betreffende Schmierfink hat sich die Notiz glatt aus den Fingern gesogen. Sollte etwa der Staatsanwalt mobil gemacht werden gegen die KPD? Hoffentlich kann Menschek nun wieder gut schlafen; wir wünschen, daß er sich rasch von seinem Schrecken erholt, damit er recht bald wieder sein großes Maul aufreißen kann und die Bevölkerung etwas zu lachen hat. In dieser ernsten Zeit kann ein Clown mitunter ganz gut wirken. Ernst genommen wird der „Herr Stadtrat" schon lange nicht mehr. Die Arbeiterschaft straft ihn mit Verachtung.

Merseburg. Wegen Unterschlagung verhaftet. Der Handlungsgehilfe K. von hier hatte bei einer hiesigen Firma die Kasse mit 2000 Mk. unterschlagen. Er wurde verhaftet.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Wieder ein Landfriedensbruch-Prozeß

Vor dem Weißenfelser Schöffengericht standen sechs Zeitzer Arbeiter unter Anklage des Landfriedensbruches. Die Vorgänge beziehen sich auf die Augusttage 1923, als damals die Arbeiterschaft infolge ihrer wirtschaftlichen Notlage in den Generalstreik getreten war. Am Sonnabend, dem 11. August, tagte in Zeitz eine Betriebsrätekonferenz, welche sich mit der eingetretenen Situation beschäftigte. Es kam ein Mann in das Lokal, welcher erklärte: im nahen Burtscütz seien einige Arbeiter mißhandelt und verhaftet worden. Bei den Versammelten machte sich eine begreifliche Erregung bemerkbar, worauf sich eine Menge von 50 bis 60 Personen auf den Weg machte, um zu erkunden, was an der ganzen Sache Wahres sei. In Burtscütz angekommen, wurde im Gasthof nach den Verhafteten gefragt; es stellte sich aber heraus, daß dieselben nach Feststellung ihrer Personalien wieder freigelassen waren. Bei dem Trupp befand sich auch der Arbeiter Reinhold Flemming; dieser war einer der Verhafteten, ihm war bei der Festnahme der Rock entweigerissen worden. Die Menge zog nun zum Landwirt Triebe und forderte für F. einen anderen Rock; dieser wurde auch ausgehändigt. Unterwegs traf man den Landwirt Triebe; dieser wurde nach Waffen durchsucht und ihm ein Revolver abgenommen. Unterdessen hatte sich im sogenannten Schimmelsgrund ein anderer Vorgang abgespielt, woselbst ein anderer Trupp einigen Einwohnern von Burtscütz die Revolver abgenommen hatte. Diese Personen konnten aber nicht ermittelt werden. Zu Gewalttätigkeiten ist es nirgends gekommen.

Es waren 15 Zeugen erschienen. Die Verhandlung ergab, daß der als „Rädelsführer" bezeichnete Arbeiter Emil Pechholzky es verstanden hatte, die Menge zu beruhigen. Der Müller Albert Grelle soll derjenige gewesen sein, welcher die Meldung in die Betriebsrätesitzung gebracht habe; er bestreitet dieses aber, er hat sich auch nicht mit an dem Zug nach B. beteiligt. Reinhold Flemming soll bei seiner Festnahme dem Landjäger Fischer Widerstand geleistet haben.

Das Urteil lautete: Reinhold Flemming wegen Landfriedensbruchs und Widerstands ein Jahr und eine Woche Gefängnis. Albert Gelle sechs Monate Gefängnis. Pecholzky Freispruch. Die Arbeiter Böttcher, Grunert und O. Flemming waren nur so mitgegangen. Böttcher erhielt drei Monate Gefängnis und Bewährungsfrist; Grunert, welcher noch jugendlich ist, sechs Wochen Gefängnis; O. Flemming wurde freigesprochen.

An alle Kreisleitungen des Bezirks Halle-Merseburg

Werte Genossen!

Am Donnerstag, dem 26. Juni, vorm. 11 Uhr findet in Halle in der „Produktiv-Genossenschaft" eine

Sitzung sämtlicher Kreisleiter

statt.

Die Sitzung wird sich mit den gegenwärtigen Aufgaben der Partei und allen bestehenden organisatorischen Mängeln im Bezirk beschäftigen. Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung, die die Grundlage bilden muß für den Neuaufbau der Partei im Bezirk, ist jeder Kreisleiter unbedingt verpflichtet, pünktlich zu erscheinen. Wer nicht erscheint, wird zur Rechenschaft gezogen werden. Fahrgeldauslagen, Spesen und etwaiger Lohnausfall werden von der Bezirksleitung getragen. Die Sitzung ist so früh angesetzt worden, damit genügend Zeit zur Behandlung aller Fragen vorhanden ist.

Mit kommunistischem Gruß

Bezirksleitung Halle-Merseburg.

Weißenfels. Die Elternbeiratswahlen haben folgendes Ergebnis gebracht: Bergknabenschule: Christlich-unpolitische Liste 114 Stimmen (7 Sitze), kommunistische Liste 81 Stimmen (4 Sitze), sozialdemokratische Liste 50 Stimmen (3 Sitze). Ungültig 8 Stimmen. Gesamtzahl der Wahlberechtigten 1090. Gewählt haben 248, also nicht ganz 23 Prozent. Bergmädchenschule: Christlich-unpolitische Liste 169 Stimmen (7 Sitze), Sozialdemokraten 54 Stimmen (2 Sitze), Kommunisten 111 Stimmen (4 Sitze). Ungültig 8 Stimmen. Gesamtzahl der Wahlberechtigten 975. Gewählt haben 342. Beudißschule: Es wurden abgegeben 462 Stimmen von 1338 Wahlberechtigten, das sind 28,85 Prozent. Es erhielten Liste Thronicker 57 Stimmen (2 Sitze); Liste Beuthan 123 Stimmen (5 Sitze); Liste Wollschläger 281 Stimmen (13 Sitze); ungültig eine Stimme; zusammen 462 Stimmen, 20 Sitze.

Weißenfels. Der Zutritt zur Stadtverordnetenversammlung nur gegen Karten. Auch hier hat der Magistrat Einschränkungen zum Besuch der Stadtverordnetenversammlungen getroffen. Der Zutritt für Tribünenbesucher ist künftig nur gegen Ausweise gestattet, die durch die Stadtverordneten erhältlich sind. Die Arbeiterschaft wird im allgemeinen von dieser Einrichtung regen Gebrauch machen; in besonderen Fällen wird man über solche Zwirnsfäden aber nicht stolpern.

Naumburg. Die SPD. für Kommunalisierung der Sauferei. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde zu den Wahlen ein Beschluß herbeigeführt, wodurch die Vorschläge durch Zuruf erfolgen können. Unsere Genossen wurden in die wichtigsten Ausschüsse bzw. Deputationen gewählt. Finanzausschuß, Armenausschuß und Armendeputation: Genosse Koch; Bauausschuß, Schulausschuß: Genosse Fieker; Wahlausschuß, Betriebsausschuß, Betriebsdeputation und Wohnungsdeputation: Genosse Neubert. Außerdem sind noch einige Genossen als stimmfähige Bürger in verschiedene Deputationen gewählt. Der Wahlausschuß empfiehlt die Aufhebung der Kommunalisierungsdeputation. Genosse Neubert wandte sich mit aller Schärfe dagegen und gab einige Zweige bekannt, die dringend der Kommunalisierung bedürfen, besonders das Bestattungswesen. Es half nichts, die Deputation wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und der SPD. aufgehoben. Gemach, Ihr Herren, wir werden mit entsprechenden Antrag wiederkommen und werden Euch Farbe bekennen lassen, damit die Korruption, wie sie beispielsweise bei Vergebung von städtischen Arbeiten besteht, aufhört. Bei der Wahl der Ratsmeindeputation geißelte Genosse Neubert scharf, daß die Mitglieder der Deputation und einige Magistratsmitglieder sich persönlichen Vorteil verschafften dadurch, daß sie Wein zum Selbstkostenpreis bezogen haben. Die Wahl wurde vertagt. Der Spießbürger Grunert (SPD.) versuchte unsere Genossen zu provozieren, indem er erklärte, wir erklärten uns für Kommunalisierung, und hier wären wir Gegner eines Zweiges, der kommunalisiert sei. Genosse Neubert gab ihm die gebührende Antwort und erklärte, wenn bei Herrn Grunert die Kommunalisierung bei der Sauferei anfange, solle er sich begraben lassen. Unsere Partei hat eine weit ernstere Auffassung über diese Frage. Selbst seine Parteigenossen im Zuschauerraum bedeuteten ihm, daß dieser Angriff unberechtigt war; es war also bei ihm reiner Kommunistenhaß.

Osterfeld. Der Lissener Mörder verhaftet. Der Mord an Ilse Bardenwerper in Lissen ist jetzt nach einer Meldung des „Naumb. Tagebl." durch die Verhaftung des Mörders in Lissen selbst gänzlich aufgeklärt. Von amtlicher Stelle wird dazu gemeldet: Die Bluttat an Ilse Bardenwerper aus Lissen ist restlos geklärt. Nachdem in den späten Abendstunden mehrere Vernehmungen in Wippach bei Nebra a. U. erfolgt waren, wurde der Täter in der Person des Dienstknechtes Otto Wiegand festgestellt und um 2 Uhr nachts in seiner Wohnung verhaftet. Wiegand ist verheiratet, hat ein Kind und wohnt im Gehöft des Bardenwerper. Er hat nach anfänglichem Leugnen ein volles Geständnis abgelegt. Der Mörder hat in seinem Geständnis zugegeben, daß er die Ilse Bardenwerper aus Rache getötet habe. Er hat jedoch nicht eingestanden, das Verbrechen des Notzuchtversuchs begangen zu haben. Die Anzeichen dazu sind vielleicht durch den vorangegangenen Kampf zu erklären, indem der Mörder versucht hat, die sich verzweifelt Wehrende zu Boden zu werfen. Der Mörder hat dann als Dienstknecht den Körper der Entseelten mit vom Felde heimgeholt und hat die Tote auch mit begraben. Er hat nach seinem Geständnis erst auf die Tochter seines Dienstherrn geschossen, und sie dann, als er sie nicht getroffen hatte, erschlagen. Die Mordwaffe und die Kleider des Mörders, die er während der Bluttat trug, sind beim hiesigen Gericht niedergelegt. Wiegand wurde in das Naumburger Schwurgerichtsgefängnis eingeliefert.

Waldau. Aussperrung der Bauarbeiter. Nunmehr hat der Bauunternehmer Topschall die Bauarbeiter auf seiner Baustelle in Waldau ebenfalls ausgesperrt. Die in Frage kommenden Arbeiten werden für die Merschen-Weißenfeller Braunkohlen-A.-G. ausgeführt. Topschall wird versuchen, Streikbrecher aufzutreiben. Bauarbeiter von Osterfeld und Umgegend, dies darf Topschall nicht gelingen. Wie verlautet, hat sich Topschall sein neues Luxusauto angeschafft, um Streikbrecher in der Umgegend aufzusuchen und hin und her zu transportieren.

Zeitz. Alle Eltern, welche oberschlesische Bergarbeiterkinder in Pflege haben, treffen sich mit den Kindern Donnerstag, den 26. Juni, nachmittag 6 Uhr, auf der Spielwiese am Naether-Park. Es findet hier auch eine Besprechung statt über einen für nächsten Sonntag geplanten gemeinsamen Ausflug.

Zeitz. Aus dem SPD.-Sumpf. Das Zeitzer SPD.-Blatt macht bekannt: Durch einstimmigen Beschluß der Parteiversammlung vom 20. Juni 1924 wurde der ehemalige braunschweigische Landtagsabgeordnete und Geschäftsführer der sozialen Bauhütte Zeitz, Karl Flentje, wegen Parteischädigung aus der SPD. ausgeschlossen. Flentje hat während des Reichstags- und Gemeindewahlkampfes in den „Zeitzer Neuesten Nachrichten" Geschäftspapiere veröffentlicht, die dem Zeitzer Ordnungsbund Gelegenheit gaben, seine Schlammkübel über die SPD. auszuschütten. Diese Handlungsweise verstößt gegen das Parteistatut. — Daß solche Leute überhaupt eine Rolle in der SPD. spielen konnten, ist charakteristisch für die Sumpfpartei.

Zeitz. Das kommunistische Jahr. Unter dieser Spitzmarke drückt der „Volksbote" folgende Notiz ab: „Die russischen Sowjets haben die Einführung eines neuen Kalenders beschlossen, für den das Zentralinstitut für Arbeit in Moskau bereits fette Vorschläge gemacht hat. Danach soll das „Proletarierjahr" 360 Tage umfassen und in 12 Monaten eingeteilt sein, deren jeder aus sechs Wochen zu fünf Tagen besteht. Die Sowjetwoche soll nur fünf Tage zählen, von denen vier der Arbeit dienen und einer der Ruhe gewidmet ist. Es wird deshalb im Monat sechs Ruhetage geben, dafür soll aber der Arbeitstag auf neun Stunden ausgedehnt werden." — Vorsichtshalber schreibt der „Volksbote" diesmal keinen Kommentar dazu; er möchte ja gern auch dagegen wettern, aber er sagt sich auf der anderen Seite, daß es auch die sozialdemokratischen Arbeiter gern sehen würden, wenn dieses kommunistische Jahr auch bei uns eingeführt würde.

Grana. Auch ein „Ausschließungsgrund". In der letzten Gemeindevertretersitzung forderte der SPD.-Gemeindevorsteher Penndorf unseren Genossen W. Koch auf, sich mit den übrigen Gemeindevertretern an einen Tisch zu setzen. Unser Genosse lehnte dies aus Reinlichkeitsgründen ab. Auch fühlte er sich dazu berechtigt, da ihm der Herr Gemeindevorsteher in einer früheren Sitzung erklärte, es bestünden keine gesetzlichen Bestimmungen, welche besagen, auf welchen Platz sich ein Gemeindevertreter zu setzen hat. Als nun gar der Gemeindevorsteher drohte, ihn aus diesem Grunde von der Sitzung auszuschließen, protestierte unser Genosse auf das heftigste dagegen. Es half aber alles nichts, der Gemeindevorsteher hatte es sich einmal in den Kopf gesetzt, daß er einen Kommunisten fressen muß. So glaubte er dasselbe tun zu müssen, was jetzt überall geschieht, und schloß unseren Genossen kurzer Hand von der Sitzung aus. Leider aber fehlten die Rausschmeißer; denn unsere Ortschaft ist noch nicht mit einer Hundertschaft Sipo belegt. Hoffentlich wird diesem Uebelstand bald abgeholfen, damit es in der nächsten Zeit nicht wieder passieren kann, daß trotz des Ausschlusses der Kommunist dauernd in die Debatte eingreift. Bezeichnend für sämtliche übrigen Gemeindevertreter war es nun, daß es keiner wagte, seine Meinung in dieser Sache zum Ausdruck zu bringen. Ganz verdattert saßen die Herrschaften da. Erst im weiteren Laufe der Sitzung kam wieder etwas Leben in die Bude. Der Gemeindevorsteher wies immer und immer wieder auf die Geldknappheit der Gemeinde hin. Auch als man über den Abbruch des alten Gemeindehauses beriet, hielt er es für nötig, zu betonen, daß jeder alte Dachziegel aus Sparsamkeitsgründen geschont werden müsse. Darüber, daß der Abbruch in eigene Regie übernommen werden müsse, war man sich schon einig. Hierzu stellte unser ausgeschlossener Genosse den Antrag, den streikenden und ausgesperrten Bauarbeitern nebst anderen Arbeitslosen bei Bezahlung des geforderten Tariflohnes die Arbeiten vornehmen zu lassen. Notgedrungen machte die SPD. diesen Antrag zu dem ihrigen, wobei man aber wohlweislich vergaß, die Klausel der Bezahlung mit aufzunehmen; dafür setzte man fest, daß die betr. Arbeiter in der Krankenkasse, eventuell auch gegen Unfall anzumelden sind. Ein ganz anderes Bild ergab sich plötzlich, als es sich handelte über die Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung für den Gemeindevorsteher, den Gemeindesteuererheber und den Gemeindediener. Jetzt war keine Rede mehr davon, daß kein Geld in der Kasse sei. Warm befürwortete der Gemeindevorsteher seinen eigenen Antrag, übergab dann die Geschäftsführung seinem Parteigenossen, dem Schöffen Eisel und entfernte sich darauf aus dem Sitzungszimmer. Nun stellte sich heraus, daß dieser doch nicht ganz mit dem Vorgehen des Gemeindevorstehers einverstanden war. Denn auf Antrag erteilte er unserem ausgeschlossenen Genossen das Wort. Diesen war es nun möglich, für zirka fünf Minuten an der Sitzung teilzunehmen. Er erklärte, daß mir als Kommunisten auch grundsätzlich dafür sind, daß die Angestellten der Gemeinde angemessen zu bezahlen sind. In Anbetracht der vom Gemeindevorsteher zugegebenen Geldknappheit sei er aber vorläufig nicht in der Lage, für alle drei Anträge zu stimmen; er stellte den Antrag, die Posten vom Steuererheber und Gemeindediener auf eine Person zu vereinigen und hierfür soviel zu zahlen, daß der Mann dann nicht noch gezwungen sei anderer Arbeit nachzugehen. Der Antrag wurde aber gar nicht zur Abstimmung gebracht. Die bürgerlichen Vertreter stimmten einer zirka 50prozentigen Lohnerhöhung für den Gemeindevorsteher zu. Außerdem erhält er 15 Zentner Briketts. Nachdem der Gemeindevorsteher wieder erschienen war, wurde auch gleich wieder alles grau in grau gemalt, denn es stand noch ein Antrag von drei verheirateten Arbeitslosen auf Mietebewilligung zur Beratung. Der Gemeinde würden dadurch zirka 20 Mark Kosten entstehen. Der Gemeindevorsteher und Gemeindevertreter Böttcher (SPD.) führten dazu aus, daß dafür eigentlich der Kreisdörferverband, welchem die Gemeinde angeschlossen ist, zuständig sei. Sie legten es den bürgerlichen Vertretern förmlich in den Mund, sich gegen den Antrag auszusprechen. Der Antrag wurde schließlich aber doch angenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240625-10/fragment/page=0006

Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Der „Gemischte Chor", Eisleben, macht alle Arbeiter-Gesang- und Sportvereine Mansfelds darauf aufmerksam, daß die Mitglieder, die bei der letzten Wahl durch Aufstellung und Unterstützung der „Unpolitischen Liste" die Arbeiterbewegung geschädigt haben, aus dem „Gemischten Chor" entfernt worden sind. Es kam dieserhalb zu einer Spaltung. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Karl Mackrodt, Eisleben, Anstaltstraße 29, zu richten. Der Chor hat durchgesetzt, daß er wieder mit Ehren vor der klassenbewußten Arbeiterschaft bestehen kann.

Hettstedt. Zwei Direktoren wegen Wasserwuchers bestraft. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte hatten sich die beiden Direktoren der Continentalen Wasserwerke, die die Gemeinde Hettstedt mit Leitungswasser versorgen, wegen Wasserwuchers zu verantworten. Der Friedenspreis von 28 Pfennigen für das Kubikmeter war auf 86 Pfennige heraufgesetzt worden. Die beiden Angeklagten wurden zu sechs Monaten Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Sangerhausen. Verbotener Stahlhelmzummel. Ein für den 19. und 20. Juli von der hiesigen Stahlhelmgruppe in größerem Stile geplanter „Frontsoldatentag" der Etappen- und Heimkrieger ist von der Regierung verboten worden. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß solche Veranstaltungen trotz Verbotes durchgeführt werden; die Faszisten kehren sich an solche Verbote nicht, weil sie wissen, daß letzten Endes doch nicht nur ein, sondern zwei Augen zugedrückt werden. Die Arbeiterschaft hat also alle Ursache, auf dem Posten zu sein.

Bitterfeld-Delitzsch

Bitterfeld. Internationale Arbeiter-Hilfe. Auch der Ortsausschuß Bitterfeld der IAH. wurde mit der Unterbringung von Kindern der ausgesperrten Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet und Oberschlesien beauftragt. Am Sonntagvormittag trafen in Bitterfeld 30 Kinder aus Hindenburg (Oberschlesien) ein. Die Pflegeeltern, Parteigenossen aus Bitterfeld, Greppin, Niemegk und Ramsin, waren zum Empfang auf dem Bahnhof erschienen. Die Bitterfelder Schützen, welche gerade auf dem Bahnhof waren, als die Kinder ankamen, hatten sicherlich kein Verständnis für das, was wir Arbeiter Solidarität nennen; sie fuhren ja auch zum Schützenfest nach Delitzsch. Da weitere Transporte von Kindern untergebracht werden müssen, können Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern, welche bereit sind, ein Kind aufzunehmen, ihre Adresse beim Genossen Alfred Brauer, Bitterfeld, Burgstraße 41, niederlegen.

Bitterfeld. Der Tod auf den Schienen. Der 19jährige Arno Böhme benutzte dieser Tage abends zum Rückweg von der Mulde nach Bitterfeld die Eisenbahnmuldebrücke. Durch das Geräusch eines Zuges aus Richtung Bitterfeld scheint er das Herannahen des Berliner D-Zuges überhört zu haben, wurde vom Zuge erfaßt und zermalmt.

Bitterfeld. Wegen unsittlicher Handlungen an Schulmädchen wurde der auf der hiesigen Ortskrankenkasse beschäftigte Bureaugehilfe Karl Schmidt zu acht Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Er erhielt eine Bewährungsfrist von vier Jahren zugebilligt.

Zörbig. Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung. Am Freitag, dem 27. Juni, abends 8 Uhr, findet im „Schloßgarten" eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in der Genosse Grabow, Halle, über die wirtschaftlichen Kämpfe sprechen wird. Es wird zahlreicher Besuch der Arbeiterschaft erwartet.

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. In der Stadtverordnetensitzung am 23. Juni war nur ein Punkt auf der Tagesordnung: Wahl von acht unbesoldeten Magistratsmitgliedern. Unsere Genossen Chemnitz und Keller wurden als Stadträte gewählt. Je drei weitere Stadträte erhielten die Bürgerlichen und die „bürgerliche Mieter- und Arbeitnehmerliste". Weiter lag ein Schreiben des Genossen Rogg vor, worin er wegen Ueberbürdung an politischen Arbeiten sein Stadtratsmandat niederlegt. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte die Niederlegung.

Wittenberg. Sonnenwendfeier. Der „Verein der Naturfreunde" veranstaltete am Sonnabend die Sommersonnenwendfeier. Die Beteiligung war sehr stark. Etwa 1000 Personen zogen durch die Stadt nach dem Kosakenberge auf dem Teucheler Exerzierplatz unter Fackelbeleuchtung. Frohe Wanderlieder erschallten. Sechs Sipo, hoch zu Roß, bildeten den Schluß des Zuges (!). Auf dem Kosakenberge wurde ein mächtiger Holzstoß angebrannt. Im Kreise herum nahmen die Teilnehmer Aufstellung. Der Gesangverein der Buchdrucker leitete die Feier durch ein sinniges Lied ein. Hierauf hielt Genosse Plättner die Ansprache. Volkstümliche Tänze und Lieder wechselten miteinander ab. Um Mitternacht erst fand die Feier ihr Ende. Trotz des einsetzenden Regens waren die Teilnehmer an der Sonnenwendfeier in bester Stimmung.

Wittenberg. Jubiläum der Schuhmacherinnung. Am Sonntag fand hier die Feier des 500jährigen Bestehens der Schuhmacherinnung statt. Zu dieser Feier waren auch Vertreter der städtischen Körperschaften anwesend. Der Stadtverordnetenvorsteher Naumann gab in der letzten Sitzung der Stadtverordneten auf die Frage des Genossen Chemnitz, ob er es nicht für nötig hielt, die Fraktion der KPD. auch zu fragen, ob diese an der 500-Jahrfeier teilnehme, die Erklärung ab, daß er, der Stadtverordnetenvorsteher, es für selbstverständlich hielt, daß die Fraktion der KPD. an der Feier nicht teilnehmen würde. Die Schuhmacher erschienen zu ihrer Feier natürlich in Frack, Bratenrock und Esse. Auf den Bratenröcken prangten die sämtlichen verdienten und nichtverdienten Orden aus dem Völkermorden. Der Anblick der Klempnerladen war komisch. Was mag wohl der Weltkrieg und die darin verdienten und unverdienten Orden mit der Schuhmacherinnung zu tun haben?

Wittenberg. „Wallfahrt" Leipziger „Gläubiger" nach Wittenberg. Glockengeläut geleitete etwa 1500 „Gläubige" aus Leipzig von dem Bahnhof nach der Stadt. Kurt Seibelt war nicht dabei. Er hat genug von Wittenberg, das abseits der großen Straße liegt; er hat erklärt, daß er so leicht nicht wieder nach Wittenberg kommt, er will nicht Gefahr laufen, bei dem großen „Meeting" auf dem Marktplatz mit dem schlechten Pflaster die Schuhsohlen zu zerreißen, da an diesem Tage die Schuster in Wittenberg keine Zeit zur Reparatur hätten, weil sie ihre Klempnerladen beim Innungsstiftungsfest zur Schau tragen müßten. Schlappe Studenten — in vollem Wichs und mit Blumentöpfen auf dem Hohlschädel — „zierten" den Zug der „Gläubigen" durch die Straßen. Die Studentelein müssen mehr Leipziger Allerlei essen, damit sie mehr Kräfte bekommen, denn bei jedem Windstoß schwankten die sahnentragenden „bemoosten Häupter" auf den Straßen hin und her. Oder war das schlechte Pflaster daran schuld? Hat Kurt Seibelt recht? Haben die Gläubigen von der Revolutionsstadt eines Dr. Martin Luther auch den richtigen revolutionären Eindruck mit nach Hause genommen? Anscheinend nicht. Es ist den Gläubigen viel Kohl verzapft worden. Die Augen in Verzückung nach oben gerichtet, zogen sie wieder von dannen. Keine Spur war zu sehen von einem revolutionären Empfinden. Das Heil ihrer Seelen erwarten sie von „oben" her: aus dem Nichts!

Piesteritz-Kleinwittenberg. Der Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" hierselbst begeht am kommenden Sonnabend und Sonntag sein 25. Stiftungsfest mit Bannerweihe auf dem Sportplatz am Arbeiterheim in Piesteritz. Am Sonnabend im „Elbhafen" Kommers. Wir empfehlen der Arbeiterschaft von Kleinwittenberg-Piesteritz die Teilnahme an dieser Veranstaltung.

Oeffentliche Quittung

der für die Angehörigen der politischen Gefangenen gesammelten Gelder

Ortsgruppe Groß-Treben	30,— Mk.
Ortsgruppe Almrich	7,45 „
Versammlung „Volkspark" durch Gen. Herrmann	139,84 „
Ortsgruppe Groß-Treben	11,— „
Sandersdorf	16,— „
Schweidtz	7,18 „
Mai-Sammlung Halle	76,37 „
Gesammelt durch Kathner	25,— „
Reimer und Fabel	16,20 „
Belegsch. Verein. Tischler	53,50 „
Stanislaus und Max Wilk	7,70 „
Belegsch. Kramers Betonwerke	20,80 „
Frauenversammlung Piesteritz	5,— „
Klingler	1,— „
Baustelle Wanß & Freytag	28,— „
Lindner, Autoklempnerei	21,— „
Poser	—,70 „
Ortsgruppe Zwintschöna	7,50 „
Heiligenthal	10,— „
Bühring	24,50 „
Schkopau, Feldschennen-Neubau	7,— „
Arb.-Gesangverein Besenlaublingen	10,— „
Freie Theater- und Mandolinen-Vereinigung Halle	25,— „
Landarbeiter-Verband Giesten	8,— „
Angestellten der Partei Halle	24,— „
Korittke	2,— „
Auf Listen gesammelt:	
Liste Nr. 1650, 17 568, 17 556 Delitzsch	44,11 Mk.
„ „ 17 074	—,50 „
„ „ 17 075	14,— „
„ „ 1767 Hohenleipisch	10,— „
„ „ 1671	—,20 „
„ „ 17 586	7,60 „
„ „ 17 587	2,40 „
„ „ 17 114	13,60 „
„ „ 17 122	13,50 „
„ „ 17 001	—,60 „
„ „ 17 004	4,— „
„ „ 17 005	2,— „
„ „ 1771	14,— „
„ „ 17 200 Baustelle Wanß & Freytag	28,— „
„ „ 17 034	2,50 „
„ „ 17 054	10,30 „

Genossen! Bergeßt Eure hinter Kerkermauern schmachtenden Freunde und deren Familien, die, wenn sie nicht bitterste Not leiden sollen, unterstützt werden müssen, nicht.

Gebt schnell, nehmt Euch ein Beispiel an den obigen Sammlungen!

Komitee der Roten Hilfe.

Torgau-Liebenwerda

Kemberg. Aus der Partei. Unsere letzte Mitgliederversammlung am Freitag war so besucht, wie es die Verhältnisse gestatten. Es wurde beschlossen, die Kreiskonferenz, Frauenkonferenz und den mitteldeutschen Arbeiterkongreß zu beschicken. In der kommenden Mitgliederversammlung soll von allen Tagungen Bericht erstattet werden. Nach Behandlung der Elternbeiratswahl wurde man sich einig, daß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung stattfinden soll, wozu Herr Propst Meyer sowie sämtliche Elternbeiräte und Lehrer eingeladen werden sollen. — Genossen, welche evtl. ein Kind von den ausgesperrten Ruhrkollegen 8 bis 10 Wochen nehmen wollen, müssen dies sofort beim Genossen Selling angeben. Unterstützt unsere Genossen und ihre Kinder! Sollte der eine Genosse nur ein Bett haben und der andere Essen geben wollen, so kann das geregelt werden.

Kemberg. Gewerkschaftskartell. Am Donnerstagabend 8 Uhr findet bei Richter eine wichtige Versammlung des Kartells statt. Behandelt wird der Arbeiterkongreß in Leipzig. Die Gewerkschaftsfrage muß endlich einmal wieder in die richtige Bahn kommen. Kollegen, macht Schluß mit den Reformisten. Fordert Industrieverbände!

Kemberg. Mieter-Schutzverein. Am Freitag findet im Bürgersaal eine wichtige Mieterversammlung statt. Alle Genossen müssen dafür sorgen, daß der letzte Mieter sich der Mieterorganisation anschließt.

Arbeiter-Sport

Vom Städtekampf im Bogen Bernburg-Halle

Am letzten Sonnabend fand der vom Bezirk Halle des 5. Kreises KWBD. geführte Städtekampf im Bogen seinen Abschluß. Der Verlauf dieses Kampfes war ein durchaus guter, da das Publikum sich voll und ganz den Bestport gewidmet hatte. Der Besuch hätte wohl ein besserer sein können, das unfreundliche Wetter mag wohl manchen Interessenten abgehalten haben. Zwei Einleitungskämpfe, geführt vom Boxklub Internationale, eröffnen den Kampftag. Beide Kämpfe enden mit einem Unentschieden. Mit großer Spannung werden nun die Hauptkämpfe erwartet. Gutsche, Fliegergewicht, vom Boxklub International übernimmt sofort die Führung des Kampfes und mit einem guten Punktsieg für Gutsche verlassen nach drei Runden beide den Ring. Jänike, Bantamgewicht, B. J., erhält eine Niederlage. Obwohl bei diesem Kampfe Meinungsverschiedenheiten bestehen, wird dem Berliner ein knapper Punktsieg zugesprochen. Der dritte Kampf, Weiß, Federgewicht, von Germania-Fellensee, wird vom Ringrichter wegen des zu oftmaligen Clinches zugunsten Berlins abgebrochen. Hierauf folgt der 4. Kampf, Stöber, Leichtgewicht, B. J., kämpft alle drei Runden in mustergültiger Weise. Bei diesem Kampfe mögen wohl dem Kampfgericht Fehler unterlaufen sein, denn der Punktsieg hätte wohl bestimmt Stöber, B. J., zugesprochen werden müssen. Der 5. Kampf, Sander, B. J., endet nach drei Runden mit einem Unentschieden. Der Ringrichter ist gezwungen, eine Zusatzrunde zu gewähren, wonach Sander ein knapper Punktsieg zugesprochen wird. Der 6. Kampf im Mittelgewicht, Lehmann, B. J., konnte leider nicht ausgekämpft werden, da die Berliner Mannschaft kein Mittelgewicht, sondern nur Schwergewicht stellen konnte. Als Schlußkampf dieses Tages wurde ein sehr guter Trainingskampf im Schwergewicht der Berliner Mannschaft vorgeführt. Man konnte bei diesem Kampfe eine gute Technik beobachten. Mit einem Endresultat 3 zu 2½ Punkten siegte die Berliner Städtemannschaft knapp über Halle.

6. Bezirk im 2. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Die verlegte Bezirksnachtturnerstunde findet nun bestimmt am Sonntag, dem 29. Juni, vormittags 9 Uhr auf dem Fischerplatz, Mansfelder Straße, statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erforderlich, da wichtige Sachen wegen des Kreisfestes in Staßfurt zu erledigen sind.

Das Metall der Toten

75]

Von Concha Espina

Carmens frohe, nachdenkliche Augen staunen über diesen sonderbaren Anblick: alles Leben pulsiert jetzt in den Menschen: dort unten in den Steinen herrscht die Stille.

Nur der Tod steigt nicht aus den Grubenschächten an die freie Luft; noch dringt er in die Verbindungsstollen, in die Fabriken und die Verkehrseinrichtungen. Die Streikenden aus Stadt und Gebirge begeben sich jetzt nach Nerva, um an Natalies Begräbnis teilzunehmen, das bei Anbruch der Nacht stattfinden soll.

Und nachdem man den Präsidenten in liebevoller Teilnahme diese Ehre erwiesen hat, geht die Bevölkerung in Massen hinaus, um der Sirene zu lauschen, die vom Tale des Luzifer her den Streik der Eisenbahn und der Gießereien, der Stollen und Schächte verkündet.

Die Schatten haben ihr Dunkel über den Horizont verstreut. Es ist zehn Uhr abends. Das Getöse der Explosionen klingt zag und fern; es sind die letzten Kanonaden, die durch die Sprengmannschaften in eine Kriegserklärung gegen die Industrie verwandelt werden.

Alle die in das Dunkel gerichteten Blicke glauben eine Woge von Bergleuten zu sehen, die von den Gerüsten und aus den unterirdischen Kerkern hervorsprudeln, ihrer Gefangenschaft entfliehen und die Gänge und offenen Schlünde mit einem stummen Wehklagen verlassen: Zimmerleute und Kohlenbrenner, „Paßgänger", Zonschneider, Kinder, Greise und junge Männer ringen sich aus den Abgründen frei, ruhen und atmen.

Von den dunklen Schlackenhaufen regnet glühend die letzte Lava; einige mit brennendem Schutt gefüllte Fässer bleiben unausgeschüttet stehen und weinen auf den Höhen, Tropfen um Tropfen, ihre Tränenfunken.

In den Fabriken ziehen die Schornsteine die Helmbüsche des Feuers ein; der Gott mit dem goldenen Bart schmilzt sterbend dahin, bis die Schmelzöfen und Tiegel erlöschend rauchen und aus unzähligen Mündern einen einzigen, letzten Atemzug tun.

Die Züge sind, während die Pfiffe noch in der Luft hängen, mit heftigem Ruck in unerwarteten Krampfwindungen an Kurven und Abhängen unbeweglich stehengeblieben. Eine allgemeine Lähmung befällt die Arbeit, läßt sie in tragischer Stummheit erstarren.

Und in dem Maße, wie sich die schrecklichen Feuer verzehren, flammen am Horizont Unmengen flüchtiger Lämpchen auf, Lichtatome, die die Bergwanderung der Knappen durch Schutthaufen und Abhänge und ihren Gang durch die Wege der Ebene erleuchten. Die Männer, die im Schein dieser Kerzen sichtbar werden, scheinen ihren leuchtenden Flug über das Land zu spannen: es sind die Bienen, die den Korb verlassen — dem Wurm des Bergwerks sind die Flügel gewachsen.

Diese neuen Legionen von Geschöpfen bringen dem Todeskampf des Verkehrs neue Zuschauer.

Noch lebt die Elektrizitätszentrale in fieberhaften Zuckungen, sie wird um ein Uhr morgens mit ihren sechsundzwanzig Unterstationen im Revier lahmgelegt, gehorsam dem gebieterischen Pfiff einer Sirene, die ihre starke, durchdringende Warnung über die Berge schickt: es scheint Gialars Horn zu sein, das durch alle Welten schallt.

Die Industrie hat den letzten Seufzer ausgehaucht; auf ihrer Stirn stehen noch die Gluten der Oefen wie die große Pupille des toten Zyklopen, der still ins Dunkel blickt: der ungeheure Leichnam erstarrt unter dem schwarzen Flor der Nacht.

Und die Tausende von Streikenden zerstreuen sich, schweigsam wie das Tal. Schon sind am Himmel die Gestirne erloschen. Fern im Osten zerreißt ein Blitz mit einer Gebärde stummer Wut die Wolken.

XI.

Der Haß

Als Don Jacobo zum Direktor ging, um ihm über seine Nachforschungen zu berichten, stimmten die beiden, rauchend und Whisky schlürfend, darin überein, daß der Streik ein Mißerfolg sein würde.

Er hatte heute abend in den Gruben mit vorzeitiger Unruhe eingesetzt, die eine bedauerliche Desorganisation verriet, und die übrigen Abteilungen hatten sich nicht davon anstecken lassen: also schmolz der gefürchtete Ausstand sehr zusammen und brachte gleichzeitig das Syndikat mit in Mißkredit.

Die Herren von Vista Hermosa konnten ruhig schlafen. Sie verabschiedeten sich in bester Laune und gingen zu Bett, um in der peinlichsten Ueberraschung wieder zu erwachen: eingehüllt in Dunkel und in Grabesstille versunken.

Erecnis, der in seinem Garten wachte, da er besser informiert war als die anderen Leiter, hörte, wie der Wind alle Geräusche verwehte, sah den fernen Glanz der Gießereien schwächer werden, sah kurz darauf, wie „die blaue Fee" entwich und ihn in der Finsternis zurückließ: er entzündete eine Taschenlampe und machte sich auf, den Direktor zu benachrichtigen, rief aber vorher an Pmips Fenster.

So erhielt man im Park die Nachricht von dem Konflikt: die schläfrigen Wächter in ihren Häuschen muckten nicht.

Don Jacobo zerbrach in seinem Schlafzimmer den Lichtschalter bei dem Bemühen, Licht anzuzünden: er wollte sich nicht von der Tatsache überzeugen lassen. Tastend verließ er die Wohnung in einem höchst lächerlichen Aufzuge, wie auf der Flucht, halb angekleidet, beschämt und aufgebracht.

Die anderen Herren, die ebenfalls auftauchten, boten keinen viel würdevolleren Anblick; dann kamen die Damen, ungeduldig und in höchster Erregung, Fackeln und Kerzen wurden zusammengetragen, Proteste und Erklärungen wurden laut, und die Verwirrung in diesem vornehmen Stadtteil schwoll ins Ungemessene, als die gesamte Dienerschaft erklärte, sofort den Dienst verlassen zu wollen.

„Zu dieser Stunde?" schrien hier mehrere empörte Stimmen.

Aber alle Autoritätsprahlerei, aller Widerspruch und alle Bitten erwiesen sich als unnütz; bis herab zu zwei entmenschten Ammen erklärten sie einstimmig ihren Entschluß, sich dem Streik anzuschließen: es war der Gipfel der Ordnungswidrigkeit! . . . Männer und Frauen — fast durchweg aus der Umgegend — schnürten ihre Bündel und verabschiedeten sich mit großer Höflichkeit. Sie gingen fröhlich in einer sperzenden Gruppe, die sich in der Dunkelheit verlor, in der Richtung nach Dite davon.

Dona Berta jammerte in höchster Aufregung über die Undankbarkeit des Pöbels und floß über von Vermutungen und Prophezeiungen.

„Das ist das Chaos," versicherte sie, „der Bolschewismus, der rote Wahnsinn!"

Der Chor der anderen Damen stimmte zerknirscht und traurig bei, während die Kavaliere heitere Ruhe zur Schau trugen und mit Haltung ihre Vorsichtsmaßregeln trafen.

Der erste Schritt des Direktors war, in seinem Arbeitszimmer an das Telephon zu laufen. Würde der kostbare Draht zerschnitten sein?

Von den Nebenanschlüssen in der Grube kam keine Antwort, aber es blieb ihm immer noch seine direkte Verbindung mit Madrid; die Revolutionäre würden keine Einmischung in den Sonderdienst des Hauses Rehtron wagen!

Es war dringend notwendig, aus Sevilla Militär anzufordern und sich mit der Regierung ins Benehmen zu setzen. Glücklicherweise konnten sie mit einer großen Anzahl von Organisationen in der Residenz und im Bezirk rechnen, die ihnen, sobald es nottat, zu Hilfe eilen würden.

Man bestätigte das von allen Seiten mit der größten Zuvorkommenheit und gab damit ihrem Stolz neue Nahrung. Die Niederlage der Streikenden war gewiß und leicht herbeizuführen. Das arme Volk! Es konnte der unüberwindlichen Macht der Arbeitgeber seinen nennenswerten Widerstand entgegensetzen.

Indessen, diese stolperten bereits bei der ersten Regung ihrer Macht über den Mangel an einem Diener. Sie wollten sich rasch darüber unterrichten, was vorging — wer aber würde in der finsteren, stürmischen Nacht nach Dite gehen, — einen Weg, der vielleicht zwischen im Hinterhalt liegenden Feinden hindurchführte?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240625-10/fragment/page=0007

Moskauer Stimmungsbild

(Sonderbericht des „Klassenkampf")
Verspätet eingetroffen

I.

Am Grabe Lenins

Moskau, 18. Juni.

Bei den Gräbern der Revolutionsopfer hat Lenin seine letzte Ruhestätte gefunden. Ein wuchtiges Denkmal aus Holz dem später ein dauerhafteres folgen soll, erhebt sich über der Gruft des großen Toten. Noch heute, ein halbes Jahr nach seinem Tode, umstehen die auswärts kommenden Leute das Grabdenkmal. Jeder Russe, der nach Moskau kommt, pilgert zum Grabdenkmal Lenins.

Die eigentliche Tagung des 5. Weltkongresses wurde mit einer Gedenkfeier für Lenin eröffnet. Im geschlossenen Zuge begaben sich die Delegierten vom Sitzungssaal des Kreml nach dem Denkmal auf dem Roten Platz, wo Hunderttausende Moskauer Arbeiter und Arbeiterinnen die Delegierten mit endlosem Jubel begrüßten. Noch am Tage vorher war in den Moskauer Betrieben nichts von einer Gedenkfeier bekannt und doch standen Hunderttausende von Arbeitern, die mit ihren roten Fahnen geschlossen aus den Betrieben anmarschiert kamen, auf dem Roten Platze und warteten teilweise stundenlang, um die Führer der russischen Revolution und die Delegierten des Kongresses begrüßen zu können.

Die Begeisterung, mit der Sinowjew und die Volkskommissare sowie die Delegierten empfangen wurden, war nichts Gemachtes. Das enge Verhältnis zwischen der Führerschaft und den breiten Massen des Proletariats kommt bei diesen Anlässen immer und immer wieder zum Ausdruck. Während Kalinin den Nachruf der Komintern an Lenin verlas, zogen die Delegierten an dem geöffneten Sarge Lenins in der Gruft vorbei. Da liegt der große Tote mit friedlichen Gesichtszügen, noch heute so, als ob er nur schliefe. Ein feierlicher Moment für jeden, und es ist wohl keiner unter denen, die an seiner Bahre vorbeizogen, der sich nicht das Gelöbnis abgab, alle seine Kraft daran zu setzen, um in seinem Lande das Werk weiterzuführen, das Lenin in Rußland vollendet hat.

Am geöffneten Sarge stand die Totenwache der Tscheka-Leute. Es ist eine große Ehre, eine Auszeichnung für jeden Tscheka-Mann, für jeden Soldaten oder für jeden Arbeiter, am Grabe Lenins oder anderer Toten der Revolution die Ehrenwache halten zu dürfen.

Nach Kalinin sprach die Genossin Ruth Fischer. Nicht enden wollten die Ovationen, die dem deutschen Proletariat von den Moskauer Arbeitern dargebracht wurden. Immer wiederholte sich der Ruf: Es lebe das deutsche Proletariat, es lebe die deutsche Revolution.

Stürmisch verlangten die Arbeiter, daß die Delegierten des Kongresses an ihnen vorbeiziehen sollten. Sie wollten in enger Berührung mit ihren Genossen aus den anderen Ländern kommen. Besonders der deutschen Delegation wurden die herzlichsten Ovationen dargebracht.

Unter den Klängen der Internationale, die jede Fabrik- und Militärkapelle anstimmte, zogen die Delegierten an den Moskauer Arbeitern und Rotarmisten vorüber.

II.

Das Rote Moskau grüßt die deutschen Delegierten

Nach der Kundgebung auf dem Roten Platz zog die deutsche Delegation geschlossen in die Stadt zurück. Die Moskauer Arbeiter kennen bereits ihre deutschen Genossen, eine große Menge von Arbeitern und Rotarmisten schloß sich der deutschen Delegation an. Im Nu hatte sich ein gewaltiger Demonstrationszug gebildet, rote Fahnen voran, eine Musikkapelle, die die „Internationale" spielte, und die dichtgedrängte Masse des Moskauer Proletariats, die mit nicht endenwollenden Hochrufen auf die deutsche Kommunistische Partei, die deutsche Revolution, die deutsche Reichstagsfraktion den Zug begleitete.

Als die deutschen Genossen in das Hotel, wo sie einquartiert sind, zurückkehren wollten, verstärkten sich die Ovationen. Unter lautem Jubel hoben Moskauer Arbeiter die Genossen Geschke, Remmele und alle, die sie als Vertreter des deutschen Proletariats erkannten, auf die Schultern. Ergreifend war es, zu sehen, wie ein alter Moskauer Prolet einen deutschen Genossen umarmte und ihm die Hand küßte.

Stürmisch forderte die Menge, die sich vor dem Hotel angesammelt hatte, daß vom Balkon aus gesprochen werden sollte. Als ein russischer Genosse eine kurze Ansprache gehalten hatte, forderte die Menge stürmisch, daß die Genossin Ruth Fischer sprechen sollte. Die Genossin Ruth erwiderte den begeisterten Gruß des Moskauer Proletariats mit folgenden Worten:

„Arbeiter Moskaus! Wenn ich nach Deutschland zurückkehre, werde ich den Berliner Arbeitern erzählen, daß das **Moskauer Proletariat den Glauben an das deutsche Proletariat nicht verloren hat.** Was wir heute erlebt haben, wird für uns alle ein Ansporn sein, mit doppelter Kraft dafür zu arbeiten, daß das deutsche Proletariat endlich Euch auf dem Wege folgt, den Ihr uns als Vertreter des revolutionären Proletariats Deutschlands begrüßt, ist uns ein Zeichen dafür, daß das russische und das deutsche Proletariat untrennbar miteinander verbunden sind. **Es lebe das Moskauer Proletariat, es lebe die brüderliche Solidarität der deutschen und der russischen Arbeiterklasse!"**

Begeistert stimmte die Versammlung in den Ruf ein. In der vordersten Reihe stand ein alter Arbeiter, der, die Hand auf der Brust, sich immer wieder verneigte, so wie es einstmals das unwissende russische Volk tat, wenn es den Zaren begrüßte. Mit diesem Gruße kam in ergreifender Weise zum Ausdruck, daß all die Liebe und Hingabe, die in lange vergangener Zeit dem Herrscher Rußlands gegolten hat, jetzt dem internationalen Proletariat und seinem gemeinsamen Befreiungskampf gilt. Noch lange nach der Rede der Genossin Ruth wollten die Kundgebungen und Zurufe kein Ende nehmen, bis sich schließlich die Menge mit dem Gesang der „Internationale" zerstreute.

Die Lage in der KPF.

Der Sieg der Linken auf dem Zentralausschuß

Wie schon früher gemeldet, hat der französische Zentralausschuß mit allen gegen eine Stimme die Linksschwenkung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gebilligt.

Ueber die internationale Lage referierte der Generalsekretär Louis Sellier. Er erklärte: „Die französische Partei hat sich anfangs **auch Illusionen über die Bedeutung der englischen Arbeiter-Regierung hingegeben.** Man sei der Ansicht gewesen, man müsse Macdonald Zeit geben, wirkliche Reformen durchzuführen. Erst später habe man eingesehen, daß diese Haltung falsch sei. Man hätte die englische Arbeiter-Regierung **von Anfang an bekämpfen müssen."**

Zur deutschen Frage wurde ausgeführt, daß die **Mitglieder der Brandler-Zentrale schwere Fehler begangen haben.** Sie haben nicht energisch für die Bewaffnung der Massen gesorgt, sie haben geglaubt, daß die Eroberung parlamentarischer Positionen in Sachsen und Thüringen zur Revolution führen kann, sie haben vergessen, den Gedanken der politischen Räte in die Massen zu werfen.

Auch in der russischen Frage war die französische Partei falsch informiert. Das theoretische Parteiorgan hat unter der Leitung Souvarines zum Teil sehr tendenziös gefärbte Berichte geliefert. Erst nach und nach habe die französische Partei den wahren Charakter der russischen rechten Opposition erkannt. Auch die französische Partei muß jetzt versuchen, wie die russische Partei, eine bolschewistische, straff disziplinierte Partei zu werden.

V. Weltkongreß der Komintern

Radek und die deutsche Delegation

Moskau, 21 Juni.

Dritter Tag

Nach Eröffnung der Sitzung erklärt

Rossi (Italien) namens der Bordigagruppe,

die Angriffe gegen ultralinke Fehler Bordigas seien ungerecht. Bordiga verkünde nicht Sektierertum, er bekämpfe die opportunistische Auffassung über die Massenpartei. Bordiga verbreite keine idealistischen niedschianischen Ansichten auf philosophischem Gebiet. Die Einheitsfronttaktik rief opportunistische und liquidatorische Strömungen hervor. In der Frage der Vereinigung mit der Italienischen Sozialistischen Partei wünscht die Bordigagruppe die Vereinigung mit den sozialistischen Massen unter Führung der Kommunistischen Partei. Die Taktik der Komintern sei eklektisch, was ein Fehler sei, da der große Lenin manövrieren konnte, die kleinen Lenins aber auf den Peripherien opportunistischentarten. In der Komintern gäbe es nur eine Rechtsgefahr, eine Linksgefahr sei nicht vorhanden.

Namens der

KP. der Tschechoslowakei erklärt Smeral,

die Partei sei nicht vollkommen bolschewistisch. Ermahnungen in diesem Sinne nähme die Partei an und erhöhte ihre Anstrengungen zur Aktionsfähigkeit, obwohl die Begründung Sinowjews nicht ganz zutreffend sei. Die Partei war aktiv, wobei selbstverständlich auch Fehler vorkamen.

Hierauf erhält eine längere Redezeit

Radek

und wird von der deutschen Delegation und der Kongreßmehrheit öfters stürmisch unterbrochen. Seine Ausführungen rufen lebhafte protestierende Zwischenrufe hervor. Radek führt aus, daß die KP. Rußlands seine Auffassung einstimmig abgelehnt habe (stürmischer Beifall). Er beantwortete jedoch mit Genehmigung der russischen Delegation die Sinowjew-Rede, welche nach Auffassung des Redners die Liquidierung der Resolutionen des Vierten Kongresses über Einheitsfront und Arbeiterregierungsfrage bedeute. Der Redner bestreitet, daß die Komintern zur Zeit des ersten Kongresses aus Propagandagesellschaften bestanden habe. Die Münchener und die Ungarische Räterepubliken beweisen das Gegenteil.

Nach der Märzaktion, nach den Fabrikbesetzungen in Italien, nach dem polnischen Feldzuge sei eine neue Lage eingetreten. Die Taktik der neuen Etappe war die Einheitsfront, welche der bekannte Offene Brief der KPD. einleitete. Ein Teil der Exekutivmitglieder war gegen den Offenen Brief. Lenin war dafür. Lange Zeit wurde diese Taktik gar nicht angewandt. Der Redner verliest Sinowjews Thesenentwurf über die Arbeiterregierung, verliest die Resolution des Vierten Kongresses, wo die Arbeiterregierung auch als Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten unter gewissen Bedingungen ins Auge gefaßt wurde.

Er versucht zu beweisen, daß die Formulierungen des Leipziger und des Prager Parteitages aus den letzteren geschöpft waren. Sinowjew strebe nach des Redners Auffassung die Liquidierung dieser Resolutionen an. Treint und Kleine standen auf dem Boden dieser Resolutionen, und nur die deutsche Linke und Bordiga bekämpften sie, weil sie die Taktik der Uebergangsperiode nicht verstanden. Die Formulierung, daß die Arbeiterregierung ein Pseudonym für die proletarische Diktatur sei, sei unrichtig. Die Einheitsfront müsse endlich wirklich angewandt werden; es sei geradezu schädlich, von einem Manöver zu sprechen.

Die sächsischen Ereignisse analysierend, bekennt der Redner, die revolutionäre Situation nicht rechtzeitig erkannt zu haben. Es sei ein Fehler gewesen, ohne Zustimmung des Betriebsrätekongresses in die sächsische Regierung einzutreten. Der Hauptgrund der Niederlage sei der Mangel an Massenorganisationen gewesen. Die Hauptfrage sei die, ob wir künftighin prinzipiell die Koalition mit der Sozialdemokratie und mit den übrigen Arbeiterparteien ablehnen. Der Redner ist gegen eine prinzipielle Ablehnung.

In der Einschätzung der Weltwirtschaftslage bestanden Gegensätze, da es fraglich sei, ob eine Aufstieg- oder Niedergangsperiode des Kapitalismus bevorstehe. Der Redner kritisiert unter stürmischen Zwischenrufen der Kongreßmehrheit die Thesen der KPD.-Zentrale und behauptet, die Agitation der KPD. sei schlechter geworden, man vernachlässige das Bauerntum und den Mittelstand. Bei der Reichstagseröffnung seien keine Massenversammlungen abgehalten, das Sachverständigengutachten sei nicht energisch genug bekämpft worden. Es sei verhängnisvoll gewesen, auf dem Metallarbeiterkongreß mit den Dißmann-Leuten keine Vereinbarung zu treffen. Die deutsche Linke bilde den Kern und den letzten Einsatz der Parteiführung, weshalb ihre großen Fehler geprüft werden müssen. Ihr Hauptfehler sei Passivität und Vernachlässigung der Gewerkschaftsarbeit. Radek schlägt vor, eine Kommission zur Prüfung der deutschen Frage einzusetzen, da er die Verminderung des Einflußradius der deutschen Partei befürchte. Die Minderheit unterwerfe sich den Kongreßbeschlüssen, sie protestiere aber gegen die Disqualifizierung der Minderheit als Opportunisten (Beifall bei einigen Delegierten).

Susanne Girault beantragt namens der französischen Delegation, Severing eine ebenso lange Redezeit wie Radek zu gewähren, um ihm die Möglichkeit zu geben, den Standpunkt der KPD. zu entwickeln.

„Severing" (Deutschland)

führt aus, das deutsche Proletariat habe im Oktober eine historische Situation verpaßt. Die Ursache des schweren Versagens sind rechte Abweichungen, weshalb die Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Rechtsgefahren bestehe. Schon der Vierte Kongreß versuchte die linken Arbeiter auszusöhnen, wie dies die Behandlung der tschechischen, deutschen, italienischen Opposition beweist. Radek beging eine Geschichtsfälschung, indem er dies verschwieg. Der Leipziger Parteitag dagegen führte einen Schlag gegen den Geist des Vierten Kongresses, da Brandler die Organisationen von Berlin, Hamburg und des Ruhrgebietes ausschließen wollte. Nur Sinowjew und die Exekutive verhinderten die Spaltung.

Die deutsche Linke kämpft nicht gegen die Anwendung von Manövern, sondern gegen das System des Opportunismus, welches die kommunistischen Parteien an die Sozialdemokratie ausliefert. Für die rechten Abweichungen der KPD. ist Radek verantwortlicher als Brandler. Die Grundlage des Radekismus bildet der Mangel an Glauben an die europäische Revolution. Radek und Brandler erstrebten die westeuropäische Umfirisierung des Bolschewismus, sie betrachten die Sozialdemokratie als ausschlaggebenden Faktor der europäischen Arbeiterbewegung, sie halten eine Arbeiterregierung im Rahmen der bürgerlichen Demokratie für möglich, was die Liquidierung der Leninschen Staatstheorie bedeutet.

Die deutsche Linke ist nicht gegen Teilforderungen, sie ist jedoch gegen die opportunistische Auslegung derselben, wie z. B. im Falle der Schwerterfassung. Brandlers und Smerals Formulierungen über die Arbeiterregierung sind kein Zufall, sondern eine systematische opportunistische Theorie. Die Kommunisten müssen ihr Gesicht zeigen, um die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen. Sinowjews Formulierung der Arbeiterregierung als Agitationslosung ist eine glückliche, das Bündnis oder die Koalition mit den Sozialdemokraten ist aber abzulehnen. Die Einheitsfronttaktik war ein Sammlungsversuch der Massen, ihre sächsische Anwendung dagegen — ein Verbrechen.

Radeks These, der Faszismus habe die Novemberrepublik befestigt, ist opportunistisch. Radek wollte unsere Taktik auf den Differenzen im bürgerlichen Lager aufbauen, was wiederum opportunistisch war.

Das Verhalten der französischen und der englischen Parteien der Macdonald-Regierung gegenüber, manche Ausführungen des Holländers Wynkop und Thalheimers zeigen, daß der Radekismus eine Gefahr im internationalen Maßstabe bedeutet.

Radek bekannte, daß es ein Fehler war, ohne Beschluß des Betriebsrätekongresses in die sächsische Regierung einzutreten. Radek verhinderte fünfmal die Einberufung dieses Kongresses. Radek verbot den Antifaszistentag, er blies die Maßstreiks im Ruhrgebiet ab, er hielt die Massen während der Cuno-Streiks vom Kampfe ab.

Der Kampf war im Oktober möglich und notwendig,

die opportunistische, radekistische Parteiführung blies jedoch den Kampf in Chemnitz ab, während gleichzeitig Hamburg den Kampf beschloß. Radek verbot nach der Oktoberniederlage die Parteidiskussion in der KPD. und trieb die Partei zur Spaltung, was nur durch die Exekutive verhindert wurde.

Die Partei ist gegenwärtig gesund, ist von der Exekutive gerettet worden. Radeks Haltung in der KPM.-Diskussion fällt mit seiner opportunistischen deutschen Linie zusammen. Dank der neuen Führung hat die KPD. die Oktoberniederlage beinahe vergessen und ist einig zusammengeschweißt.

Die ultralinke Strömung existiert als organisierte Gruppe nicht; die Zentrale bekämpft diese menschewistischen Abweichungen, welche nur die Folgen großer Umgruppierungen sind. Die neue Leitung macht Fehler, aber sie sieht die Fehler, aber sie bessert die Fehler aus. Der Hauptfehler ist, daß sich die Mitglieder von Massenstimmungen fortreißen lassen, daß sie noch nicht verstehen, Führer zu sein.

Die neue Leitung muß den Brandlerismus ausmerzen, da die Rechtsgefahren noch vorhanden sind.

Die Taktik der KPD. in Halle, in Fürstenwalde, auf dem Metallarbeiterkongreß war richtig. Bei den Betriebsrätewahlen sind die Resultate überall glänzend, Niederlagen kamen bloß dort vor, wo der Brandlerismus herrscht.

Die Zentrale schwankte in der Gewerkschaftsfrage, gegenwärtig jedoch bekämpft sie fest und stark die Austrittsbewegung.

Das Sachverständigengutachten eröffnet eine neue Kampfperiode, wobei die Partei

auch den unmittelbaren Kampf um die Macht

ins Auge faßt. In der Einheitsfrontfrage muß der Kongreß für jedes Land konkrete Anweisungen ausarbeiten. Die heutige Erklärung Smerals ist ein Schulbeispiel von Diplomatie. Es besteht die Gefahr, daß in der Tschechoslowakei Sachsen wiederholt wird. Die englische Partei muß nicht nur Sonntags, sondern auch an Wochentagen kommunistisch sein und Macdonald schärfer bekämpfen. Die KPD. spricht sich für die Fusion der KP. Italiens mit den italienischen Sozialisten aus. Die Hauptaufgabe ist gegenwärtig der Kampf gegen den Radekismus und den Brandlerismus im internationalen Maßstabe, ist die Schaffung einer einheitlichen bolschewistischen Weltpartei. — Die Rede wird öfters durch Beifallskundgebungen unterbrochen. Es wird stürmisch applaudiert.

Namens der Minderheit der tschechischen Delegation

(Penzell, Friedfeld, Meierowa, Tchulen, Vertschik) erklärt Penzell die völlige Solidarität mit Sinowjews Kritik an der KPTsch.-Zentrale. Smerals heutige Erklärung schuf keine klare Lage, da sie die opportunistischen Tendenzen nicht genügend oder überhaupt nicht zurückgewiesen hat. Die KPTsch.-Zentrale stand der russischen und der deutschen Frage gleichgültig gegenüber. Hierdurch wurde die Zusammenarbeit der KPTsch. mit der Komintern erschwert. Die Erklärung zählt weitere Fälle opportunistischer Abweichungen auf, welche im Sinne des Bolschewismus bekämpft werden müssen. (Beifall.)

Namens der

Balkanföderation

erklärt Boschkowitsch die volle Solidarität mit der Exekutive.

Hirsch (KPTsch.) verliest eine Erklärung, wonach die Kommunistische Jugend der Tschechoslowakei völlig solidarisch mit der Exekutive ist. Die Partei muß erst bolschewisiert werden.

Unverschämter Vorstoß des Landbundes

Drohung mit dem Lebensmittelboykott der Städte

Vertreter des Landbundes stellten am 23. Juni dem Reichskanzler folgende Forderungen:

Zinslose Stundung der Steuern für Großgrundbesitzer.

Einschreiten der Reichsregierung gegen Steuern der Länder (Grundsteuer in Anhalt und Sachsen, Hauszinssteuer in Preußen, Zugtiersteuer in Sachsen usw.).

Beseitigung aller landwirtschaftlichen Steuern.

Große Kredite an die landwirtschaftlichen Großbesitzer.

Aufhebung aller Rechte, die die Arbeiterschaft nach der Revolution erworben hat, Rückkehr zu den Vorkriegszuständen.

Schutzzölle für die Landwirtschaft.

Um diese Forderungen durchzusetzen, drohten die Reichslandbundführer mit dem **„Stillstand der Landwirtschaft"**, d. h. dem Lebensmittelboykott der Städte.

TU. meldet dazu:

Die Vertreter des Reichslandbundes erklärten ihre Bereitwilligkeit, an der Beseitigung der bestehenden Zustände mitzuwirken. „Das Ergebnis dieser mehrstündigen Aussprache erscheint den Vertretern der Landwirtschaft nicht dazu angetan, die im Lande vorhandene und berechtigte Erregung zu beschwichtigen und die **Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion** zu gewährleisten. Die Führer der Landwirtschaft haben noch einmal in letzter Stunde gewarnt. Die Regierung trägt nun die Verantwortung."

Dieser freche Vorstoß der Junker ist ein Alarmruf für die gesamte Arbeiterschaft, für alle Werktätigen, die wieder wie im vorigen Jahre vom Lebensmittelboykott bedroht sind. Die Marx-Tarres-Regierung, die mit Mühe die Rentenmark hält und die neue gewaltige Steuern für die Werktätigen vorbereitet, ist nicht in der Lage, alle finanziellen Ansprüche der Junker zu erfüllen. Dafür wird sie versuchen, die politischen Forderungen zu erfüllen und die Arbeiter zu entrechten, noch mehr als bisher also die Politik der Deutschnationalen zu treiben.

Die Frage ist, ob die Arbeiterschaft einen neuen Lebensmittelboykott über sich ergehen lassen will wie im Vorjahr vor dem Sturz Cunos? Die Aktivität der Junker zwingt die Arbeiter zu erhöhter Aktivität! Noch sind die neuen schamlosen Forderungen der Junker nicht „Gesetze oder Verordnungen", es ist daher uns noch erlaubt, die Arbeiter aufzufordern, durch ihren Druck die frechen Anmaßungen jener „wirtschaftlich und politisch Andersdenkenden" zurückzuweisen. Die furchtbare Krise und die Erschütterungen, die nach der Annahme der Sachverständigenpläne über das deutsche arbeitende Volk hereinbrechen werden, zwingen zu den Fragen:

Wie wird die Ernährung der Arbeitenden gesichert, wie wird die Fortführung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion erzwungen? Wie wird den Arbeitslosen Beschäftigung verschafft?

Es gilt, diese Fragen sofort zu lösen, die Uebernahme der Produktion praktisch in Angriff zu nehmen, alle proletarischen Organisationen in ihren Dienst zu stellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240625-10/fragment/page=0008

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat Juni 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,40 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 43 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Mittwoch, den 25. Juni 1924 | 4. Jahrgang * Nr. 95

Amnestie!

Erneuter Vorstoß unserer Reichstagsfraktion für die politischen Gefangenen — Der Völkische Roth beschimpft das Andenken des Revolutionärs Eugen Leviné — Die Sitzung fliegt auf — Lärm- und Prügelszenen — Die Sozialdemokraten für die „Würde des Hohen Hauses"

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 25. Juni.

Die gestrige Reichstagssitzung verlief äußerst erregt. Wiederum hatte die KPD. ihre Stimme für die politische Amnestie, für die Befreiung der politischen Gefangenen erhoben. Genosse Scholem hielt eine großangelegte, wuchtige Rede gegen die Brutalität der Weißen Justiz und gegen die sozialdemokratischen Helfershelfer dieser Justiz. Hageldicht prasselten die Angriffe auf die Reaktion. Das „hohe" Haus wird unruhig.

Nach Scholem betritt der ehemalige bayrische Justizminister Dr. Roth, einer der Hauptvertreter der bayrischen Reaktion die Tribüne und — verlangt auch Amnestie,

aber für die Kappisten und Hitler-Leute.

Er hat die Frechheit, die proletarischen Gefangenen in Niederschönenfeld zu beschimpfen, die so unerhörte Qualen seitens der blauweißen Polizeisadisten erdulden müssen. Er wendet sich gegen Scholem und müht sich vergebens, den Eindruck der Rede unserer Genossen zu verwischen.

Dabei leistete sich der Ordnungsmann eine unglaubliche Rohheit, die Stürme der Entrüstung weit über die Reihen der Kommunisten hinaus hervorrief. Zu unserer Fraktion gewendet, erklärt er:

„Wenn Sie sich des Leviné annehmen, so sage ich: den Mann hat die Kugel mit vollem Recht getroffen"

Ungeheurer Lärm bricht los. Unsere Genossen springen von den Bänken und stürzen nach vorn. Bücher fliegen Roth an den Schädel. Immer wiederholt sich der Ruf: Herunter mit dem Bluthund. Die Sozialdemokraten bleiben still. Als Roth nicht weiterreden kann, wird die Sitzung auf zehn Minuten vertagt.

Dann gibt Genosse Eichhorn die Erklärung ab, daß unsere Empörung durch Roths Leichenschändung an Leviné berechtigt ist. „Nur mit Rücksicht auf die proletarischen politischen Gefangenen sehen wir von einer weiteren Unmöglichmachung der Sitzung ab und lassen Roth mit seiner Gesellschaft allein." Die KPD. verläßt dann demonstrativ den Saal.

Kaum ist die Sitzung wiedereröffnet, so bricht ein Streit zwischen Sozialdemokraten und Völkischen und Deutschnationalen los. Die Abgeordneten stürzen aufeinander los und es setzt Prügel für die Sozialdemokraten. Lärm und Aufregung sind unbeschreiblich. Als der Tumult sich nicht legt,

wird die Sitzung zum zweitenmal vertagt.

Dann tagt der Aeltesten-Ausschuß und schleunigst bemühen sich die Sozialdemokraten, die anständigen Bürger zu markieren. Hermann Müller erklärt, daß sie die „unwürdige Szene" bedauern! Und dann — lacht nicht! — leisten die geprügelten SPD.-Leute Abbitte.

Um die Gefangenen kümmern sie sich jedoch nicht.

Die „Würde des hohen Hauses" ist ihnen mehr wert als die Befreiung der Opfer der deutschen Justizschmach.

Zum Schluß der Tagung erklärt Staatssekretär Joel vom Justizministerium, daß die Regierung grundsätzlich nicht an Amnestie denke! Das ist die brutale Antwort der kapitalistischen Klasse.

*

Erneut ist es unseren Genossen im Parlament gelungen, den bürgerlichen Heuchlern die Maske vom Gesicht zu reißen. Die [illegible] teil, offen zu sein [illegible] umreißen: Freiheit [illegible] Mörder „aus vater- [illegible] nd Tod für Prole- [illegible] er Klasse, für den [illegible] die Regierung die [illegible] ft aufgegeben hat. [illegible] revolutionär die [illegible] nterrevolution dem [illegible] en Masken helfen [illegible] zu und man kann [illegible] er Lügner, die von [illegible] tira" schwafeln. [illegible] Fabrik, hört die [illegible] n Tagen die inter- [illegible] Tätigkeit: der [illegible] h gebracht werden. [illegible] reß der Komintern [illegible] n!

....

Die „Friedens[illegible]t

Die Kontrollnote

(WTB.) Berlin, 24. Juni.

Der englische Botschafter und der französische Geschäftsträger haben dem Reichskanzler am Dienstag Nachmittag die in der Presse bereits angekündigte Note überreicht, die in deutscher Uebersetzung lautet:

„Chequers, den 22. Juni 1924.

Wir wünschen uns in einer Frage, die unsern beiden Regierungen ernste Sorge bereitet, unmittelbar an Euere Exzellenz zu wenden. Wir haben nicht ohne größte Besorgnis erfahren, daß die Deutsche Regierung vielleicht die Absicht haben könnte, auf die kürzlich wegen der Militärkontrolle in Deutschland an Ihren Botschafter in Paris gerichtete Note keine zustimmende Antwort zu geben. Gleichzeitig erhalten wir die beunruhigenden Berichte über die unausgesetzte und zunehmende Aktivität der nationalistischen und militaristischen Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen treffen, um in Europa neue bewaffnete Konflikte hervorzurufen. Diese Berichte sind zu zahlreich und zu substantiiert, als daß man sie vernachlässigen könnte. Sie führen dazu, die öffentliche Meinung in einer Besorgnis zu bestärken, die unvermeidlich die Haltung der beiden Regierungen beeinflussen muß. Wir sind sicher, daß die Deutsche Regierung, falls diese Berichte unbegründet sind, nicht nur ihre eigenen Interessen wahren, sondern auch ganz Europa einen großen Dienst erweisen wird, wenn sie an einer Untersuchung mitwirkt, die so durchgeführt wird, daß sie die **Besorgnisse vor geheimen militärischen Vorbereitungen zerstreut.**

Wir können der Deutschen Regierung nicht verbergen und wir halten es für gut, sie davon zu verständigen, daß jeder neue Verstoß gegen die loyale und genaue Durchführung der Verpflichtungen aus Teil V des Vertrags von Versailles die internationale Lage gerade in dem Augenblick schwer belasten würde, in dem die Aussicht auf schnelle Inkraftsetzung des Dawes-Berichtes in allen beteiligten Ländern die Hoffnung auf eine endgültige Regelung [illegible] und wirklichen Be- [illegible] tiefe Befriedigung zu [illegible] Nachdruck und gutem [illegible] en Forderungen der Militärkontrollkommission mitzuarbeiten.

Es läge im eigenen Interesse der Deutschen Regierung, wenn die genaue Lage in bezug auf die Entwaffnung in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages festgestellt würde; wenn sie die Alliierten von der Aufrichtigkeit ihrer Haltung überzeugen will, muß sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen Beweis hierfür zu geben, **indem sie die Kontrollkommission bei der Feststellung der Tatsachen unterstützt.**

Wir appellieren an Euere Exzellenz, weil wir keine Gelegenheit versäumen möchten, um eine Ursache ernster Schwierigkeiten zwischen unseren Regierungen zu beseitigen. Frankreich und Großbritannien haben keineswegs das Bestreben, der Deutschen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten oder die Kontrolle über das Maß des Notwendigen hinaus zu verlängern. Im Gegenteil, sie nehmen die Zurückziehung der Kommission für einen möglichst nahen Zeitpunkt in Aussicht. Sie wünschen lebhaft, den Mechanismus der Kontrollkommission durch das im Artikel 213 des Vertrags dem Völkerbundsrat übertragene Untersuchungsrecht ersetzt zu sehen, sobald sie in bezug auf die verschiedenen Punkte, die die alliierten Regierungen besonders bezeichnet haben, Genugtuung erhalten haben. Sie verlangen nur, daß man ihren berechtigten Besorgnissen jede Beruhigung zuteil werden läßt. Man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie ihre Sicherheit durch den Wegfall der Garantien gefährden lassen, die sie auf Grund der Bestimmungen des Vertrags von Versailles in Händen haben.

In diesem Geiste bringen wir erneut unsere aufrichtige Hoffnung zum Ausdruck, daß die Deutsche Regierung auf die Note der Botschafterkonferenz die Antwort erteilt, die der Situation und den im Vertrag feierlichst festgelegten Verpflichtungen entspricht.

gez.: Herriot. J. Ramsay Macdonald."

(Fortsetzung Seite 2)

Ein neuer Feldzug gegen die KPD.

Von Ruth Fischer

Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß eine neue Periode der Verfolgungen gegen die KPD. beginnt. So will man unter anderem durch ein Sondergesetz alle diejenigen Abgeordneten, die des Hochverrats angeklagt werden (und bei welchem kommunistischen Abgeordneten wird das nicht der Fall sein?), ihrer Immunität berauben. Dieses an sich unbedeutende Ereignis wirft ein Licht auf die gesamte Situation in Deutschland. Gewiß, die deutsche Bourgeoisie hat die Mark stabilisiert. Die deutsche Bourgeoisie hofft jetzt, wie einst auf den großen Wilson, daß aus Amerika Frieden und Freiheit kommen, wie der Dawes-Bericht verspricht. Aber die deutsche Bourgeoisie ist ihrer Sache nicht so sicher, wie sie es in den wohltönenden Reden ihrer Führer und ihrer sozialdemokratischen Knechte verkündet. Herriot ist zwar zur Macht gekommen, aber das Ruhrgebiet räumt er nicht. Macdonald ist für den Sachverständigenbericht, aber die Durchführung des Sachverständigenberichts wird die deutsche Wirtschaft zur Beute der Auseinandersetzung zwischen den widerstreitenden Interessen Englands, Amerikas und Frankreichs machen. Herriot und Macdonald versuchen im Bunde mit der deutschen Sozialdemokratie, den deutschen Arbeitermassen das trügerische Lockbild einer ruhigen und gesicherten Entwicklung des internationalen Kapitalismus vorzugaukeln.

Aber noch ehe sie ihren Plan auszuführen beginnen, zeigen sich schon die Anzeichen der neuen Krise, die gerade durch die Ausführung ihres Friedensplanes hereinbrechen wird. Die Rentenmark ist stabilisiert. Aber die Geldkrise ist da. Und sie ist sehr spürbar für die breiten Arbeitermassen. Die Zahlungsmittelknappheit unterbricht die Produktion in vielen Betrieben, zwingt zu Massenentlassungen, führt zum Zusammenbruch der kleineren und mittleren Betriebe. Diese Zahlungsmittelknappheit schafft bereits eine weitgehende Unruhe unter den breiten Schichten der Arbeiterschaft.

Dazu kommt eine Gärung unter den Eisenbahnern, die auch durch das jetzige Lohnabkommen nicht erledigt ist. Bekanntlich sieht der Dawes-Bericht die Uebergabe der Eisenbahnen aus dem Eigentum des Deutschen Reiches an einen internationalen Konzern vor. Diese Privatisierung der Eisenbahnen bedeutet eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der Eisenbahner, damit die Eisenbahnen „rentabel" werden. Die Sozialdemokraten, immer noch eifriger als ihre Brotherren, diskutieren im „Vorwärts" bereits die Frage, wie man schnell und schmerzlos das Eisenbahngesetz unter Dach und Fach bringen kann. Nach der Reichsverfassung ist zu einer Verfassungsänderung, und eine solche bedeutet das Eisenbahnergesetz, eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Da diese Zweidrittelmehrheit nicht sicher ist — die Kommunisten werden natürlich mit aller Kraft die Interessen der Eisenbahner gegen die nationale und internationale Bourgeoisie verteidigen —, so sucht man nach einem parlamentarischen Trick, um diese Zweidrittelmehrheit herumzukommen. Man will also den Eisenbahnern wieder einmal eine Lektion geben, was die bürgerliche Demokratie bedeutet.

Eine weitere Quelle der Unruhe ist die schwere Lage in der Metallindustrie. Die Ausführung des Sachverständigengutachtens wird besonders auch in der Metallindustrie große Schwierigkeiten verursachen. Es ist ganz klar, daß die englische Bourgeoisie kein Interesse an der Metallindustrie in Deutschland haben kann. So ist in einer Denkschrift des englischen Industriellenverbandes anläßlich der Kreditverhandlungen mit Deutschland der Grundsatz brutal aufgestellt worden, daß die deutsche Industrie beschränkt werden soll auf die Herstellung von Rohstoffen in Deutschland, die in den Ententeländern weiter verarbeitet werden sollen, und daß Deutschland ähnlich wie eine Kolonie behandelt werden müsse. Auch in dem Sachverständigen-Bericht selbst ist das klar ausgesprochen. Die Massenarbeitslosigkeit in der Metallindustrie, die besonderen Beunruhigungsmomente in der Eisenbahnerbewegung beweisen also, daß die Bourgeoisie beginnt, das Sachverständigengutachten durchzuführen, daß sie dabei die größten Schwierigkeiten haben wird, daß die Krise unvermeidlich ist, und daß die revolutionäre Bewegung sehr rasch wachsen wird. Sagt doch der Sachverständigenbericht, daß die „politische und soziale

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240625-10/fragment/page=0009